

Böhme, Hans

**Article**

## Industriepreisbildung in Mitteldeutschland

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* Böhme, Hans (1965) : Industriepreisbildung in Mitteldeutschland, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 85, Iss. 6, pp. 687-728, <https://doi.org/10.3790/schm.85.6.687>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/291096>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Industriepreisbildung in Mitteldeutschland

Von Hans Böhme, Göttingen

## I. Planwirtschaftliche Preispolitik

### 1. Frühere Entwicklungen

Eine Analyse der jüngsten preispolitischen Maßnahmen in Mitteldeutschland und der sie begleitenden wissenschaftlichen Erörterungen auf dem Gebiete der Preistheorie geht zweckmäßig von einem Überblick über einige wesentliche frühere Entwicklungen aus. Mitteldeutschland übernahm etwa mit dem 1. Fünfjahrplan im Jahre 1950 das sowjetische Modell einer beschleunigten Industrialisierung und einer zentralen Lenkung der Wirtschaft. Damit wurden u. a. die Eigenarten der sowjetischen Preispolitik auch dort typisch. Sie bestanden insbesondere in einer weitgehenden Außerkraftsetzung der marktwirtschaftlichen Lenkungsfunktionen der Preise und ihrem Ersatz durch die Zentralplanung. Konsumgüterpreisebene und Preisbildung für die Produktionsbetriebe wurden mit Hilfe differenzierter Staatsabgaben voneinander getrennt. Die verbleibenden Aufgaben der Preise beschränkten sich fast völlig auf die Rechenfunktion. Dazu kam die aus der Frühzeit der Fünfjahrpläne in der UdSSR stammende Politik einer bewußten Niedrighaltung der Produktionsmittelpreise, die häufig eine Kostendeckung nicht erlaubten und somit eine Subventionierung auf breiter Front verursachten<sup>1</sup>.

Kennzeichnend für die Zeit bis etwa zur ersten Hälfte der 1950er Jahre war das Fehlen einer eigentlichen Preistheorie, die über einige allgemeine Formeln hinausgeht. Allgemein wurde die Preispolitik als Instrument zur Ausnutzung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft (d. h. der Industrialisierung

---

<sup>1</sup> Zu den Grundlagen des sowjetischen Preissystems vgl. z. B. Hans Hirsch: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion. Basel-Tübingen 1957 (Veröffentlichungen der List Gesellschaft e.V. 5). — Naum Jasny: The Soviet Price System. Stanford, Calif., 1951. Das dort Ausgeführte gilt im wesentlichen auch für Mitteldeutschland; einen kurzen Abriß der für die erwähnten Merkmale typischen Periode in der mitteldeutschen Preispolitik enthält Hans Langer u. a.: Preispolitik und Preisbildung in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin-Ost 1961. S. 35—47.

Stalinschen Typs) angesehen. Das Wertgesetz wurde erst 1952 von Stalin als im Konsumgüterbereich wirksam anerkannt (also nicht im Bereich der hier analysierten Produzentenpreise); seiner Lehre nach sollte es aber auch dort nach und nach absterben, um allmählich in einer kommunistischen Wirtschaft ohne die Kategorien Ware, Geld, Wert und Preis zu verschwinden. Grundsätzliche Bedeutung hatte die Ablehnung des Grenzkostenprinzips sowie die Anerkennung nur der Arbeit als wertbildender Produktionsfaktor. Auch durch das Festhalten an einer Werttheorie als Grundlage der Preise unterscheidet sich gegenwärtig die östliche Auffassung von westlichen Preistheorien. Zunächst wurde dabei allerdings ein bewußtes Abweichen vom Wert als besonderer Vorzug sozialistischer Preispolitik angegeben<sup>2</sup>.

Die im Jahre 1964 begonnene Reform der Industriepreise in Mitteldeutschland, auf die sich die nachfolgenden Ausführungen in erster Linie beziehen, fußt einerseits auf diesen Grundlagen; zum anderen ist sie eine Fortsetzung bereits 1953 sichtbar gewordener Bemühungen, der bis dahin mehr oder weniger systemlosen und zufallsbedingten Preisbildung<sup>3</sup> eine feste theoretische Basis zu geben. Diese — in allen Ostblockländern etwa gleichzeitig betonte — Neuorientierung<sup>4</sup> bedeutete für Mitteldeutschland eine sich stufenweise über mehrere Jahre erstreckende Reform aller Preise. Sie führte schließlich in den Jahren 1958 bis 1961 zur umfassenden Festpreisbildung (als dem „sozialistischen Preis“) in der Industrie<sup>5</sup>. Damit sollten

<sup>2</sup> Vgl. im einzelnen z. B. *Maisenberg, L.*: Die Preisbildung in der Volkswirtschaft der UdSSR. (aus dem Russischen übersetzt), Berlin-Ost 1954. — *Josef V. Stalin*: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. (aus dem Russischen übersetzt), 3. Aufl. (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus). Berlin-Ost 1952. S. 11—25, insbes. 20 ff.

<sup>3</sup> Das mitteldeutsche Preis„system“ beruhte bis zum Jahre 1953 im wesentlichen auf den durch Befehle der Sowjetischen Militäradministration gestoppten Preisen von 1944. Diese wurden z. T. durchbrochen, z. T. ergänzt durch individuelle Kalkulationspreise, mit denen die meistens erheblich geänderten Kostenverhältnisse der (sie beantragenden) Betriebe sowie die Aufnahme neuer Fertigungen berücksichtigt werden sollten. Das Ergebnis war eine weitgehend ungeordnete, wenig koordinierte Preisbildung. Vgl. z. B. *Josef Elstner*: Zum Beschluß des Ministerrates über die Grundsätze der Preispolitik. Deutsche Finanzwirtschaft, Jg. 7 (1953). S. 514.

<sup>4</sup> Die Neuausrichtung wurde programmatisch festgelegt in: Beschluß des Ministerrates über die Grundsätze der Preispolitik vom 14. 2. 1953. Gesetzblatt der DDR, Nr. 22 vom 21. 2. 1953. S. 131—315. Dieser Beschluß ging zurück auf eine entsprechende Stellungnahme des Politbüros der SED vom 9. 12. 1952 und bildete die Grundlage der Preispolitik in den folgenden Jahren. Er bezeichnet zugleich den Beginn preistheoretischer Überlegungen im Sinne eines in sich geschlossenen Preissystems. Seine Basis sind die Marxschen Lehren, insbesondere die Arbeitswertlehre.

<sup>5</sup> Die umfassende Revision des Preissystems begann bei den Grundstoffindustrien mit teilweise sehr erheblichen Preisveränderungen (im allgemeinen Erhöhungen) und erstreckte sich stufenweise auf die nachgeordneten Produktionszweige. Der Festpreis je Produkt wurde dabei als Durchschnitt der Aufwendungen aller an dessen Produktion beteiligten Betriebe ermittelt.

insbesondere die vielfältigen und sehr erheblichen Subventionen beseitigt und eine wenigstens beschränkte Wiederbelebung der Preisfunktionen erreicht werden. Die darin liegende Abkehr von typischen Grundsätzen früherer Jahre fand einen Niederschlag in der ebenfalls über den gesamten Ostblock reichenden und langandauernden theoretischen Debatte über Wert und Wertgesetz im Sozialismus, in der die Grundlagen der Preisbildung und das Wirken der Preise eingehend erforscht wurden. Erst diese brachte auch die Anerkennung der Wertkategorie für den Produktionsmittelbereich. Im Hinblick auf die — wengleich nur vage formulierten — „idealtypischen“ Vorstellungen über Preise und Wert im vollendeten Kommunismus ergibt sich die Frage, ob sich darin eine invers verlaufende andauernde Entwicklung von Theorie und preispolitischer Praxis zeigt oder ob es sich um vorübergehende Schwankungen handelt. Sie entspricht weitgehend ähnlichen Erscheinungen auch auf anderen Gebieten der östlichen Wirtschaftspolitik<sup>6</sup>.

## 2. Neues Ökonomisches System

Auf Grund der allgemeinen Entwicklung der mitteldeutschen Wirtschaft kam es zur Konzipierung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, das im Juli 1963 verkündet wurde<sup>7</sup>. Bekanntlich bilden Probleme einer allgemeinen Rationalisierung der Wirtschaftslenkung sowie einer effizienten Gestaltung der Volkswirtschaft auf allen Teilgebieten den Hauptinhalt des neuen Systems. Sie sollen mit Hilfe einer teilweisen Dezentrali-

<sup>6</sup> Das erste Beispiel für solche Abweichungen von einem gedachten geradlinigen „übergangswirtschaftlichen“ Kurs ist die Neue Ökonomische Politik der Jahre 1921—1927. Bezüglich der Kapitalbildungspolitik wurde eine gewisse Flexibilität schon zu Beginn der Fünfjahrplan-Ära festgestellt; vgl. Theo Surányi-Unger: Über das theoretische Grundproblem der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik. Schmollers Jahrbuch. Jg. 55 (1931). S. 961—992. — Die Anerkennung des Wertgesetzes ist ebenfalls in erster Linie auf die Erfordernisse der Wirtschaftspraxis zurückzuführen. Demgegenüber glaubte man z. B. nach der Oktober-Revolution, daß die Ware-Geld-Beziehungen sowie die Preise, auf denen das Wirken des Wertgesetzes beruht, unmittelbar aufgehoben würden. Für die verschiedenen Aspekte der Wertgesetzdebatte vgl. z. B. N. A. Zagolow u. a.: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus. (Aus dem Russischen übersetzt.) Berlin-Ost 1960. — Zum hier zutage tretenden Zwiespalt von „idealtypischer“ kommunistischer Wirtschaft einerseits und der Wirtschaftspolitik sowie mitschreitenden Veränderungen der Theorie andererseits vgl. z. B. Theo Surányi-Unger: The Eastern European Economic Cycle, World Affairs Quarterly 1955. S. 275—301; Knut Erik Svendsen: Are the Two Systems Converging? Øst-Økonomi 1962. S. 195—209, u. a.

<sup>7</sup> Vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft — Vom 11. 7. 1963. Berlin-Ost 1965. Zu seinem Inhalt vgl. u. a. Karl C. Thalheim: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau. Berlin 1964. (Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, 1). S. 72 ff.

sierung der Entscheidungsbefugnisse und einer verstärkten Betonung „ökonomischer Hebelwirkungen“ — u. a. des Gewinns — gelöst werden, wobei die Ausnutzung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wiederum eine besondere Betonung erfährt. Der Preispolitik fällt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu. Die seit den frühen 1950er Jahren betonte Tendenz, die Preise auf eine theoretisch fundierte Grundlage zu stellen und sie dem „Wert anzunähern“, um so ihre ökonomischen Wirkungen zur Steuerung der Wirtschaft im Sinne der Planung zu verwenden, tritt erneut hervor<sup>8</sup>.

Schon bald nach dem weitgehenden Abschluß der großen Preisneuordnung, die unter dem Schlagwort der Festpreisbildung stattfand, hatte es sich zudem herausgestellt, daß die darin verwirklichte Lösung Mängel aufwies. So lebte die preispolitische und auch die preistheoretische Diskussion, die nach dem vorläufigen Abschluß der Wertgesetzdebatte teilweise anderen Überlegungen Platz gemacht hatte, etwa um die Mitte des Jahres 1962 wieder auf. Verschiedene Erwägungen gründeten sich u. a. auf die Tatsache, daß die seit dem Jahre 1953 erstrebten gründlichen Verbesserungen des Preissystems und vor allem eine Beseitigung der Subventionswirtschaft nicht erreicht worden waren, weil sich die Festpreise als schneller Veraltung ausgesetzt erwiesen hatten. Weiterhin bemühte man sich, die Erkenntnisse der Debatten um eine Berechnung eines Kapitalzinses oder ihm ähnlichen Kostenfaktors, der die Knappheit des Kapitals berücksichtigen sollte, in die Preisbildung mit aufzunehmen<sup>9</sup>. Diese Vorstellungen wurden im neuen ökonomischen System zum Teil aufgegriffen, und mit Hilfe einer erneuten großen und durchgreifenden Preisreform in der Industrie sollen nunmehr die wieder aufgetretenen Mißstände beseitigt werden<sup>10</sup>.

### 3. Preispolitische Zielsetzungen

Die gegenwärtige Industriepreisreform muß somit in engem Zusammenhang mit den Zielsetzungen des neuen ökonomischen Systems gesehen werden, insbesondere mit dem angestrebten Wirken des Ge-

<sup>8</sup> Vgl. hierzu und zu dem folgenden Abschnitt über die Ziele der Industriepreisreform: Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin-Ost 1963.

<sup>9</sup> Vgl. etwa Helmut Mann: Notwendige Veränderungen des Preissystems der DDR. Wirtschaftswissenschaft. Jg. 10 (1962). S. 1601—1615. — Hans Schwabe: Die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Preistheorie. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 16 (1962) Nr. 5. S. 21. — Willy Rumpf: Einige Fragen der Weiterentwicklung des sozialistischen Preissystems. Einheit. Jg. 19 (1963) Nr. 5. S. 44—58.

<sup>10</sup> Zur Begründung vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. A.a.O., namentlich die Anlage I: Kritische Einschätzung der bisherigen Praxis der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. S. 86 ff.

wins. Die der Reform gestellten Aufgaben lassen sich etwa folgendermaßen kennzeichnen<sup>11</sup>: Zunächst sollen die Preise ihrer „Meßzifferfunktion“ voll gerecht werden können, also den volkswirtschaftlichen Aufwand einer Produktion richtig widerspiegeln<sup>12</sup>. Infolge der bislang bestehenden Eigentümlichkeit des Preissystems, daß die Produktionsmittel unverhältnismäßig billig, die Konsumgüter dagegen zu einem erheblichen Teil recht teuer waren, konnten die Preise das nur sehr unvollkommen. Insbesondere gründet sich dieser Mangel auf die Berechnung des sogenannten „Reineinkommens“; dieser an den Staatshaushalt abzuführende Teil des Gesamtproduktes wurde im wesentlichen nur der Abteilung II, d. h. der Konsumgüterindustrie, angelastet, obwohl es nach werttheoretischer Anschauung zu einem Teil zum Produkt der Abteilung I (Produktionsmittel) gehört<sup>13</sup>. Das Ergebnis dieser Politik waren vielfach Subventionen an Betriebe der Produktionsmittelindustrie, die ihre Kosten infolge der künstlichen Niedrighaltung der Preise ihrer Produkte nicht decken konnten. Einem solchen System mangelt es vor allem an ausreichenden Anreizen; das Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ läßt sich nicht verwirklichen. Ferner entbehren so berechnete Preise ihrer makroökonomisch wichtigen Fähigkeit, einen Anhalt für die volkswirtschaftlichen Knappheitsverhältnisse zu bieten<sup>14</sup>.

<sup>11</sup> Vgl. u. a. Helmut Mann: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. *Wirtschaftswissenschaft*. Jg. 13 (1965) Nr. 4. S. 529. Es handelt sich vorwiegend um mikroökonomische Funktionen, die für das sowjetische System grundlegend sind und auch schon früher im Zentrum der preispolitischen Überlegungen standen (vgl. z. B. Helmut Mann: Stand und Hauptaufgabe der Preispolitik in der DDR. *Deutsche Finanzwirtschaft*. Jg. 12 (1958) S. F 637).

<sup>12</sup> Vgl. Erich Apel und Günter Mittag: *Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel*. Berlin-Ost 1964. S. 85.

<sup>13</sup> Das „Reineinkommen“ entspricht unter sozialistischen Produktionsverhältnissen dem „Mehrwert“ im kapitalistischen System; es wird als Mehrprodukt nach östlicher Auffassung durch die Arbeit geschaffen und dient zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufwendungen in der Produktion (einschließlich der erweiterten Reproduktion). Vgl. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie: *Politische Ökonomie*, Lehrbuch. 7. Aufl., nach der vierten, überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin-Ost 1965. S. 570 ff. — In Mitteldeutschland wurde es bisher durch das sog. „Zwei-Kanal-System“ als Gewinnabführung und als Produktions- bzw. Verbrauchsabgabe an den Staatshaushalt abgeführt, und zwar weitaus überwiegend aus der Abteilung II. Vgl.: *Preispolitik und Preisbildung in der DDR*. A.a.O. S. 79 ff. — Im Zusammenhang mit der Preisreform ändern sich auch die Beziehungen der Volkseigenen Wirtschaft zum Staatshaushalt; Reineinkommen wird nunmehr in beiden Produktionsabteilungen erwirtschaftet. Vgl. dazu Horst Kaminsky: Die sich aus dem Volkswirtschaftsplan 1965 ergebenden Grundfragen des Staatshaushaltsplanes und die Aufgaben der Finanz-, Bank- und Preisorgane bei der weiteren Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. (Aus dem Referat auf der 7. Tagung des ZK der SED, 2.—5. Dezember 1964.) Berlin-Ost 1964. S. 6 f.

<sup>14</sup> Hier ist grundsätzlich davon auszugehen, daß die Knappheiten durch die planmäßige, weitgehend zentralisierten Entscheidungen unterworfenen Inanspruch-

Des weiteren soll die Funktion der Preise als „ökonomischer Hebel“ verstärkt werden; diese sollen — „in bewußter Ausnutzung des Wertgesetzes“ — als Lenkungsinstrumente auf die Verhaltensweise der Betriebe einwirken und dabei einen Teil der erwiesenermaßen unzulänglichen administrativen Lenkung ersetzen<sup>15</sup>. Eine sehr ähnliche Funktion nehmen im mikroökonomischen Bereich die Preise auch in der Marktwirtschaft wahr. Die Analogie verstärkt sich, wenn man berücksichtigt, daß die Hebelwirkung des Preises sich in der Gewinnerzielung der Betriebe niederschlagen soll. Ein in diesem Sinne richtiges Verhalten soll hohe, ein falsches niedrige (oder keine) Gewinne bewirken<sup>16</sup>.

Die Hebelwirkung soll sich nach der Absicht der preispolitischen Instanzen insbesondere auf die folgenden Bereiche konzentrieren<sup>17</sup>: 1. Erhöhung der Qualität; hierzu ist es erforderlich, den Gewinn auch von der Absatzbarkeit der Erzeugnisse beeinflussen zu lassen. Die herrschende Praxis, einen Gewinn zu kalkulieren und ohne Rücksicht auf die tatsächliche Realisierung dem Hersteller gutzuschreiben, muß geändert werden. 2. Anreiz zur ständigen Kostensenkung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die im östlichen System eines der Hauptziele wirtschaftlicher Tätigkeit darstellt. Durch rationelle Fertigung wird es möglich, den Gewinn zu erhöhen. 3. Anreiz zur sparsamen Verwendung der eingesetzten Materialien; bisher hatte die ökonomisch falsche Preissetzung für viele knappe Güter zu ihrer Verschwendung geführt. Nach auch im Westen üblichen Prinzipien sollen knappe Güter höhere, weniger knappe niedrigere Preise erhalten. Eine unnötige Verwendung teurerer Güter würde den Gewinn schmäh-

nahme von Gütern und Leistungen in Relation zu den verfügbaren Mitteln geprägt werden. Im Sinne dieses Knappheitsbegriffs „falsche“ Preise können einmal auf die betrieblichen Dispositionen einwirken, soweit diese auf finanziellen Leitkriterien beruhen; zum anderen können sie aber auch die Planaufstellung infolge unrichtiger Orientierung beeinflussen.

<sup>15</sup> Unter „ökonomischen Hebeln“ werden dabei „gesetzmäßige Beziehungen zwischen den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Menschen, die direkt oder indirekt wirken und durch ihre jeweilige Gestaltung die Werkstätigen zu einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten anregen“, verstanden. Vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, A.a.O. S. 49.

<sup>16</sup> Grundlage der Hebelwirkung ist die Tatsache, daß den Betrieben auch bei dem Vorwiegen der Mengenplanung wegen der Vielfalt der Produktionsstruktur oft nur wertmäßig fixierte Global-Planaufgaben gemacht werden konnten. Innerhalb dieses Rahmens können die Betriebsleitungen das Sortiment selbst bestimmen. Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung der Preise als Hebel ist ihre Verbindung mit dem Gewinn. Dieser muß durch „falsches“ Verhalten der Betriebe beeinflußt werden und spielt somit eine fundamentale Rolle in dem ganzen System.

<sup>17</sup> Vgl.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. 5. S. 5.

lern. 4. Beschleunigung des technischen Fortschritts durch eine geeignete Preisgestaltung für neue Produkte bzw. Produktionsverfahren. Die bisherige Praxis der Planaufgaben verhinderte vielfach die Einführung kostensparender, aber anfangs zeitweilig mit Anlaufkosten belasteter Verfahren; ebenso scheuten die Betriebe oft vor der Aufnahme neuer Erzeugnisse in ihr Produktionsprogramm zurück, weil damit eine Verminderung der Planerfüllung verbunden sein konnte<sup>18</sup>.

Im Zusammenhang mit der Hebelwirkung richtiger Preise ist auch die Forderung nach stärkerer Unterstützung bedarfsgerechter Sortimentszusammenstellung zu sehen. Sie ist eine Folge von Störungen der Planung durch unvorhergesehene Absatzschwierigkeiten bei Konsumgütern. Solche unfreiwillige Lagerbildung von unabsetzbaren Erzeugnissen trat besonders gegen Ende der 1950er Jahre wiederholt auf; sie bedeutet eine Verschwendung von Produktionskapazitäten<sup>19</sup>. Zudem erlangt die Befriedigung der Wünsche der Bevölkerung angesichts des Wettkampfes zwischen Ost und West und der neueren Entwicklung in der Sowjetunion ständig größeres Gewicht. Im gewissen Gegensatz zur bisherigen Praxis, Konsumentenpreise getrennt von den Betriebspreisen zu regeln und so die Nachfrage an das geplante Angebot anzupassen<sup>20</sup>, wäre eine Verbindung von Nachfrage-

<sup>18</sup> Bei dieser Erscheinung handelt es sich offenbar bisher um einen Systemfehler, der auch in der sowjetischen Wirtschaftspresse wiederholt gerügt wurde. U. a. wurde in der Liberman-Diskussion mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, diesen Übelstand zu korrigieren. Vgl. z. B. Vadim Trapeznikov: Für eine bewegliche ökonomische Leitung der Betriebe. In: Die Presse der Sowjetunion. Berlin-Ost 1964. Nr. 98. S. 2170, sowie auch neuerdings wieder die Rede von Ministerpräsident Kosygin im Plenum des Zentralkomitees der KPdSU am 27. 9. 1965 (Pravda, Nr. 271 vom 28. 9. 1965).

<sup>19</sup> Solche Störungen sind zwar kurzfristig kaum zu vermeiden, wenn eine zentrale Planung der Produktion mit individueller Konsumfreiheit verbunden wird, wie es in den Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs tatsächlich der Fall ist. Hier handelt es sich jedoch um eher langfristige, auf grundlegende Mängel in der Produktionsstruktur zurückzuführende Disproportionen. Mit steigendem Einkommen der Bevölkerung wächst die Tendenz, daß solche Abweichungen von der Planung an Umfang und Häufigkeit zunehmen. Ihrer Bekämpfung durch zwangsweise Auflösung von unkontrollierbaren Geldhorten dienten bekanntlich die wiederholten Geldumtauschaktionen in verschiedenen Volksrepubliken und auch in Mitteldeutschland (so z. B. zur Vorbereitung der Rationierungsaufhebung; vgl.: Verordnung über die Ausgabe neuer Banknoten und die Außerkraftsetzung bisher gültiger Banknoten der Deutschen Notenbank — Vom 13. 10. 1957. GBl. DDR. Teil I, Nr. 73 vom 13. 10. 1957. S. 603—610). Vgl. in diesem Zusammenhang auch die von Rudolf Becker vorgebrachten Überlegungen zur Ausdehnung einer kollektiven Bedürfnisbefriedigung und zur Betonung des kommunistischen Endstadiums im neuen Parteiprogramm der KPdSU (Die kommunistische Verteilung als Ideal und Wirklichkeit. Osteuropa Wirtschaft. Jg. 9 (1964) Nr. 1, S. 1—17, insbes. S. 16 f.).

<sup>20</sup> Eine Trennung dieser beiden Preisebenen ist das hervorstechende Merkmal der Preisbildung für Konsumgüter im sowjetischen Wirtschaftssystem. Die Preisrelationen werden auf der Absatzseite stark nach Gesichtspunkten einer Nach-

gestaltung und Angebotsbildung notwendig, also eine wenigstens beschränkte Orientierung der Sortimentsplanung an der Nachfrage. Die Trennung der Preisniveaus wird jedoch auch in der neuen Preisreform beibehalten.

Auch im Hinblick auf die Produzentenpreise sieht man es aber für erforderlich an, in der Preispolitik beweglicher zu sein, als es bisher möglich und üblich war. Hierzu wurde zunächst eine Dezentralisierung der preispolitischen Zuständigkeiten vorgenommen. Eine Reihe von Kompetenzen wurde aus der Regierungskommission für Preise an die Vereinigungen Volkseigener Betriebe delegiert<sup>21</sup>, die im neuen ökonomischen System ganz allgemein einen bedeutend vergrößerten Aufgabenbereich besitzen. Die Problematik einer langfristigen Preisplanung wird erst neuerdings in den Vordergrund der Aufmerksamkeit gerückt; auf sie wird weiter unten ebenfalls noch eingegangen.

Die „wissenschaftliche Fundierung“ der Preisgestaltung, auf die großer Nachdruck gelegt wird, soll sich auf der Grundlage der Marx'schen Arbeitswertlehre vollziehen. Es hat sich schon während der früheren Reformen der Preisbildung gezeigt, daß diese Vorbedingung eine schwerwiegende Belastung für eine funktionsfähige Preispolitik ist. In jüngster Zeit verstärkt sich die Behinderung noch dadurch, daß man mit dem Problem der Kapitalverzinsung ringt, ohne die eine planmäßige und optimale Investitionspolitik und eine sparsame Verwendung der Kapitalanlagen nicht möglich erscheint. Wie noch darzustellen sein wird, erstreckt sich diese theoretische Problematik schließlich auch auf die Berechnung des Reineinkommens für die Gesellschaft, um deren Grundlegung ebenfalls eine ausgedehnte Debatte entstanden ist.

---

frageregulierung bestimmt. Somit wird vorwiegend die „subjektive“ Seite der Preisbildung berücksichtigt. Im Zusammenhang mit der Wertgesetzdebatte wurde dieses Verfahren vielfach diskutiert und häufig als ein Irrweg bezeichnet, da der Gebrauchswert und nicht der Wert, wie es die Arbeitswertlehre als objektive Wertlehre erfordere, zum preisbestimmenden Element gemacht werde. Vgl. etwa Gotthard Schaaf: Zur Bildung ökonomisch vergleichbarer Preisrelationen zwischen technisch vergleichbaren Industrieerzeugnissen. *Wirtschaftswissenschaft*. Sonderheft 5. 1958. S. 123.

<sup>21</sup> Vgl. Helmut Löwe: Zu einigen Problemen und den bisherigen Ergebnissen der Preisbildung durch die VVB. *Die Wirtschaft*. Jg. 20. Nr. 13 vom 30. 3. 1965. S. 15. — Günter Mittag: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird planmäßig verwirklicht. *Einheit*. Jg. 20 (1965) Nr. 5. S. 84 f. — Rechtliche Regelungen finden sich in verschiedenen Anordnungen, z. B. in: Anordnung Nr. 4 über die Zuständigkeit der staatlichen Organe für die Erteilung von Preisbewilligungen — Vom 14. 7. 1964. *GBl. DDR, Teil II*. Nr. 73 vom 29. 7. 1964. S. 648. — Außerdem wurde in den VVB die wirtschaftliche Rechnungsführung verwirklicht.

## II. Die Industriepreisreform

### 1. Geltungsbereich und Bedingungen

Bei der Planung der neuen Preisreform ließ man sich im wesentlichen von früher entwickelten Vorstellungen leiten, wie sie bereits im Jahre 1953 im „Beschuß des Ministerrates der DDR über die Grundsätze der Preispolitik“ niedergelegt worden waren. Insbesondere bezieht sich das auf die konsequente Weiterentwicklung des Festpreises und die damit verbundene Zurückdrängung individueller Preise<sup>22</sup>. Zur wesentlichen Bedingung der Preisreform wurde die Stabilhaltung der Preise für Konsumgüter gemacht. Entsprechend der Grundlinie der östlichen Preispolitik, die eine ständige Senkung des Konsumgüterpreisniveaus proklamiert, sollten sich die geplanten Veränderungen weder auf Niveau noch auf Struktur dieser Preise auswirken. Die Reformmaßnahmen sind somit auf die Produktionssphäre beschränkt. Sie erstrecken sich allerdings auf den im Sinne einer systemgerechten Preispolitik aussagefähigsten und besonders interessanten Wirtschaftsbereich. Zwei Grundprinzipien der Wirtschaft sowjetischen Typs, Planung und weit überwiegend kollektives Eigentum an den Produktionsmitteln, sind in ihm verwirklicht.

### 2. Zeitliche Abwicklung

Die Vorbereitungen der zu treffenden Maßnahmen wurden im Januar 1964 beendet. Am 1. Februar wurden die ersten Preisanordnungen herausgegeben und die erste Etappe der Industriepreisreform zum 1. April 1964 verkündet<sup>23</sup>. Insgesamt wurde vorgesehen, die Reform in drei Stufen zu verwirklichen. In gleicher Weise wie bereits bei früheren Preisveränderungen werden in jeder zeitlichen Etappe die Preise für einen jeweils begrenzten Bereich geändert. Wie stets begann man bei den Grundstoffindustrien. Dementsprechend erstreckte sich die erste Etappe der neuen Reform auf einige der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur zugrunde liegende Warengruppen. Sie umfaßte zwar nur verhältnismäßig wenige Güter, machte

<sup>22</sup> Die bisherige Preisbildung war bereits vorwiegend auf die Bildung von Festpreisen ausgerichtet, die für alle Hersteller eines Erzeugnisses gültig sind. Daneben gibt es Kalkulationspreise für Einzelfertigungen sowie betriebsindividuelle Festpreise; diese beruhen auf den Kosten einzelner Betriebe und sollen möglichst durch allgemein gültige Festpreise ersetzt werden. Vgl.: Preispolitik und Preisbildung in der DDR. A.a.O. S. 48 ff.

<sup>23</sup> Vgl.: Preisanordnung Nr. 3000 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform — Vom 1. Februar 1964. GBl. DDR, a.a.O. Teil II. Nr. 16 vom 22. 2. 1964. S. 135—142.

jedoch ein erhebliches Gesamtvolumen aus. Neben den Produktpreisen wurden auch eine Reihe von zugehörigen Transportpreisen verändert<sup>24</sup>.

Im einzelnen wurden in den Geltungsbereich der neuen Preise einbezogen<sup>25</sup>: Kohle (Stein- und Braunkohle), Elektroenergie, Gas, Dampf, Kali und Salze, Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie, Erzeugnisse der Nichteisen-Metallindustrie sowie Transporttarife für die Beförderung dieser Güter.

Eine weitere Zwischenstufe wurde am 1. Juli 1964 verwirklicht, indem die Preise für eine Reihe von Erzeugnissen der Grundchemie neu geregelt wurden; auch dabei wurden die Transportpreise einbezogen<sup>26</sup>.

Die zweite Etappe wurde planmäßig zum 1. Januar 1965 in Kraft gesetzt; sie erstreckte sich auf ein Gesamtvolumen von etwa 15 Milliarden MDN. Da im ersten Abschnitt der Preisreform Waren im Umfang von rd. 40 Milliarden MDN einschließlich der Transporttarifänderungen revidiert worden waren, beläuft sich die Summe auf etwa 57 Milliarden MDN<sup>27</sup>.

Die in dieser Etappe neu geregelten Preise beziehen sich vorwiegend auf Produktionsstufen, die den in der ersten Phase erfaßten Industrien nachgeordnet sind. Gegenüber der relativ geringen Zahl von Waren mit großem Volumen wurde nunmehr eine beträchtlich größere Zahl von Warengruppen mit jeweils nur geringem Volumen erfaßt, die eine wesentlich differenziertere Problematik aufwiesen. Es handelt sich dabei um die folgenden Produktionsbereiche<sup>28</sup>:

- a) Baumaterialien,
- b) Rund- und Schnittholz, Furniere, Platten, Holzschliff, Papier, Pappe,
- c) Nichteisen-Metalle, Kabel und Leitungen, Schmiede- und Gesenckpreßteile aus Nichteisen-Metallen,
- d) Tierische und pflanzliche Textilrohstoffe, Alttextilien, Garne, Zwirne, rohe Häute und Felle, Leder, Kunstleder, technische Filze,
- e) Chemierzeugnisse (am 1. 7. 1964 noch nicht erfaßte Grundstoffe, Zwischenprodukte, Endprodukte der Fotochemie und Plastverarbeitung),

<sup>24</sup> Die neue Industriepreisreform ähnelt in bezug auf dieses Vorgehen der im Jahre 1953 begonnenen Umstrukturierung der Preise: vgl. oben Fußnote 5.

<sup>25</sup> Vgl. dazu: Erste Etappe der Industriepreisreform beschlossen. Die Wirtschaft, a.a.O. Jg. 19. Nr. 7 vom 17. 2. 1964. S. 9. — Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. A.a.O. S. 4—6.

<sup>26</sup> Vgl. Willy Rumpf: Neue Preise für Chemie-Erzeugnisse. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. 13. S. 2—4.

<sup>27</sup> Vgl.: Preisanordnung Nr. 3000/1 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform — Vom 2. 12. 1964. GBl. DDR. Teil II. Nr. 121 vom 14. 12. 1964. S. 965. — Rudolf Kirsten: Ab 1. Januar zweite Etappe der Industriepreisreform. Die Wirtschaft. Jg. 20, Nr. 1 vom 7. 1. 1965. S. 12—14. — Erhard Heyde: Industriepreisreform tritt in die 2. Etappe. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. 23. S. 3.

<sup>28</sup> Vgl. Kirsten: A.a.O. S. 12.

- f) Trink-, Brauch- und Abwasser,
- g) Transporttarife für geschlossene Ladungen der unter a) bis f) genannten Warengruppen.

Außerdem wurde der Anwendungsbereich der am 1. 4. 1964 festgesetzten neuen Preise für Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie, der NE-Metallurgie und für NE-Formgußerzeugnisse erweitert<sup>29</sup>. Auch hier galt die Bedingung, die Stabilität der Konsumgüterpreise auf jeden Fall zu sichern.

Die noch verbleibenden Produktionsbereiche sollen nach dem „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1965“ im Laufe des Jahres 1965 überarbeitet und die neuen Preise zum 1. Januar 1966 wirksam werden<sup>30</sup>. Die Veränderungen bedeuten überwiegend Erhöhungen der Preise und Kosten; sie erreichen teilweise beträchtliche Ausmaße. Das trifft insbesondere für die Erzeugnisse der ersten Etappe zu. Auch bei der erstmaligen Reform im Jahre 1954 hatten diese bereits außerordentliche Preiserhöhungen erfahren. Infolge der preispolitischen Linie, die Grundstoffpreise niedrig zu halten, waren sie jedoch bald wieder subventionsbedürftig geworden. In besonderem Maße wurden die Kohlenpreise heraufgesetzt, und auch bei der Elektroenergie erfolgten — teilweise strukturelle — Veränderungen größeren Umfangs<sup>31</sup>.

### 3. Preisbildungsgrundlagen

Im Hinblick auf die zugrunde liegenden Preisbildungsprinzipien stellt die Industriepreisreform eine folgerichtige Fortführung der schon früher begonnenen Preispolitik dar. Ausgangspunkt der Preisbildung ist nach wie vor der „durchschnittliche gesellschaftliche Aufwand“ je Erzeugnis; es handelt sich nicht um eine Grenzkosten-, sondern um eine Durchschnittskostenpreisbildung. Maßgebend sind dabei die Kosten aller Herstellerbetriebe, d. h. gewöhnlich des Industriezweiges. Diese werden auf der Basis einer im Jahre 1962 erlassenen

<sup>29</sup> Vgl.: Preisanordnung Nr. 3000/2 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform — Vom 2. 12. 1964. GBl. DDR. Teil II. Nr. 121 vom 14. 12. 1964. S. 947—964.

<sup>30</sup> Vgl.: Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1965 — Vom 14. 1. 1965. GBl. DDR. Teil I. Nr. 2 vom 14. 1. 1965. S. 45.

<sup>31</sup> Für Beispiele vgl. z. B.: Die Wirtschaft. Jg. 19. Nr. 6 vom 10. 2. 1964. S. 2. — Ebd. Nr. 7. vom 17. 2. 1964. S. 10. — Zur Industriepreisreform in Mitteldeutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht. Jg. 31 (1964) Nr. 32. S. 139—141. — Beispielsweise wurden für die erste Etappe durchschnittliche Steigerungen der Braunkohlenpreise um 140 %, der Briketts um 120 % berechnet, wobei zugleich die Preise differenziert nach Güteklassen angewandt werden. Die Grundstoffpreise insgesamt sollten um etwa 75 % ansteigen. Auch hierin ergeben sich deutliche Parallelen zu vorhergehenden Preisrevisionen. Es ist bemerkenswert, daß die Preisfixierung teilweise von Knappheitsgesichtspunkten (Bodenschätze) und nicht von Produktionskosten bzw. Wert ausging.

Verordnung über die Kostenermittlung (Selbstkostenverordnung vom 12. Juli 1962) berechnet. Ergänzend wurde auch die Erfassung des Kapitalverzehrs durch eine Umbewertung der Grundmittel der Betriebe und zugleich der daraus berechneten Amortisationen neu geregelt<sup>32</sup>. Eine Kapitalverzinsung ist nach wie vor nicht in die Kosten eingeschlossen. Ziel ist die Ersetzung des Aufwandes pro Industriezweig, nicht für jeden einzelnen Betrieb. In der Regel werden demnach mehr oder weniger große Abweichungen von der so ermittelten Durchschnittsgröße zu erwarten sein, in denen sich die unterschiedlichen individuellen Kosten der Betriebe niederschlagen. Im Gegensatz zu der früheren, ähnlichen Verfahrensweise, bei der ebenfalls der durchschnittliche gesellschaftliche Aufwand als Preisbasis verwendet wurde, versucht man, die nachteiligen Folgen der Interdependenz von Preisen und Kosten bei einer in mehreren Stufen aufeinanderfolgenden Veränderung der Preise dadurch zu umgehen, daß nicht die derzeitigen Kosten zugrunde gelegt werden. Vielmehr soll die zukünftige Selbstkostenentwicklung einigermaßen vorweggenommen werden, indem grundsätzlich die voraussichtlichen Kosten des Jahres 1967 angesetzt werden. Hierbei soll zugleich ein nachhaltiger Druck in Richtung einer Selbstkostensenkung erzielt werden, da eine gewisse Steigerung der Arbeitsproduktivität auf Grund der technischen Entwicklung sowie einer verbesserten Ausnutzung der Produktionsfaktoren in den geplanten zukünftigen Kosten bereits eingeschlossen ist. Bei einigen Erzeugnissen, Braunkohle und Mineralöl, treten an die Stelle der Kosten des Jahres 1967 diejenigen von 1970, da bei diesen auf Grund der natürlichen Produktionsgegebenheiten die Aufwendungen je Produktionseinheit steigen werden. Ohne eine Berücksichtigung dieser Kostenerhöhungen wären spätestens zu jener Zeit erneut Subventionen notwendig<sup>33</sup>.

Um eine ökonomisch richtige Wirkung der neuen Preise zu sichern, wurden auch Veränderungen in den Bezugsbasen vorgenommen. So sind die auf der Grundlage der Produktionsgewichte berechneten Preise verschwunden. Sie hatten sich in der Vergangenheit oft störend bemerkbar gemacht. Beträchtliche Abweichungen der betrieblichen Produktionsentscheidungen von den seitens der Planung gewünschten Verhaltensweisen waren die Folge<sup>34</sup>. Ebenso soll nunmehr

<sup>32</sup> Vgl. GBl. DDR, a.a.O., Teil II. Nr. 51 vom 28. 7. 1962. S. 445. — Zur Neubewertung des Anlagevermögens der mitteldeutschen Industrie. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht. Jg. 32 (1965) Nr. 27. S. 128—130.

<sup>33</sup> Vgl.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt, A.a.O. S. 6.

<sup>34</sup> Vgl.: ebd., S. 5. — Diese Art der Preisbestimmung war die Ursache für das sog. „Tonnendenken“; das Bestreben zur maximalen Planerfüllung und Selbstkostensenkung veranlaßte die Betriebe häufig zur Produktion schwerer Erzeugnisse ohne Rücksicht auf technische Notwendigkeiten und Materialersparnis.

die Kalkulation auf der Grundlage der Bruttoproduktion beseitigt werden; diese wirkte namentlich deshalb nachteilig, weil eine Berechnung von Preisen und Gewinn auch auf den in der Bruttoproduktion enthaltenen Einsatz von Vorprodukten usw. zu einer unökonomischen Erhöhung dieses Anteils führte und somit den Zielen einer sparsamen und effizienten Wirtschaftsführung entgegengerichtet war. An ihre Stelle soll die Eigenleistung der Betriebe als Grundlage der Gewinnbemessung treten<sup>35</sup>.

Eine wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen Praxis bedeutet ferner die Verschiebung in den Relationen der Preise der Abteilung I zu denen der Abteilung II. Dadurch sollen auch die Erzeugnisse der Produktionsmittelindustrie grundsätzlich zu ihrem Wert verkauft werden; bislang hatte eine „planmäßige Abweichung der Preise vom Wert“ als ein Hauptgrundsatz der sozialistischen Preispolitik gegolten. Für diese Verschiebung sind zwei Ursachen maßgebend; auf der einen Seite bringen die neuen Preise eine prinzipielle Kostendeckung mit sich, zum anderen soll der Abteilung I zusätzlich auch die Erwirtschaftung eines Reineinkommens ermöglicht werden<sup>36</sup>. Dieser als Produkt für die Gesellschaft bezeichnete Teil des Wertes wurde bisher mittels der Produktionsabgabe (in der UdSSR „differenzierte Umsatzsteuer“) erfaßt, die einen Aufschlag auf die Selbstkosten darstellt und die Differenz zwischen Betriebs- und Industrieabgabepreis ausmacht. Sie wurde bisher im wesentlichen nur in der Abteilung II erhoben. Durch die höheren Preise der Grunderzeugnisse erhöhen sich naturgemäß die Kosten der nachfolgenden verarbeitenden Produktionsstufen. Ceteris paribus verringert sich deren Gewinnmöglichkeit oder der Spielraum für die Produktionsabgabe als Mittel zur Erfassung des bei ihnen erzeugten Reineinkommens entsprechend<sup>37</sup>. Unter einem haushaltmäßigen Blickwinkel verändert sich durch diese Umlagerung nichts Wesentliches, da den so verringerten Einnahmen aus den verarbeitenden Stufen der Wegfall von Subventionen (Preisstützungen) bei den neu geregelten Grunderzeugnissen gegenübersteht<sup>38</sup>. Der Hauptakzent liegt daher auf der Beein-

<sup>35</sup> Vgl. Willy Rumpf: Zweite Etappe der Industriepreisreform begann. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 19 (1965) Nr. F 2. S. 2—5.

<sup>36</sup> Vgl.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. A.a.O. S. 5.

<sup>37</sup> Die Subventionen werden hauptsächlich durch eine Senkung der bei den Endstufen erhobenen staatlichen Abgaben (Produktionsabgabe und Verbrauchsabgabe) abgebaut; das bedeutet eine Umlagerung der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts bzw. eine Verringerung des zwischen der Wirtschaft und dem Haushalt fließenden Finanzvolumens. Vgl. Rumpf: A.a.O. S. 3.

<sup>38</sup> Insgesamt gesehen bringt jedoch die Industriepreisreform in Verbindung mit dem neuen ökonomischen System eine Veränderung der Finanzbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft mit sich. Während bisher der Staatshaushalt sämtliche Abführungen der Betriebe erhielt, sind nunmehr die VVB Empfänger eines Teils

flussung der betrieblichen Verhaltensweisen durch eine verbesserte Hebelwirkung; auch für die Planung selbst ist eine bessere Orientierung möglich, wenn die Preise in allen Erzeugnisgruppen die Kosten der Produktion decken. Diese Abgaben der Betriebe sind allerdings für die Praxis ein Problem, da es sich beim Produkt für die Gesellschaft (gesellschaftlichen Reineinkommen) zunächst um eine rein gedankliche Konstruktion handelt<sup>39</sup>.

Auf die richtige Berechnung dieses zum Betriebspreis hinzuzuschlagenden Preisbestandteils konzentriert sich daher ein wesentlicher Teil der gegenwärtigen theoretischen Bemühungen. Unbeschadet etwaiger andersgearteter Ergebnisse dieser Erwägungen geht die derzeitige Neuregelung der Preise davon aus, daß das Reineinkommen möglichst einheitlich mit einem gleichen Prozentsatz auf die verschiedenen Produkte aufzuteilen sei, damit willkürliche Verzerrungen der Preise vermieden werden. Dabei wird die Zurechnung auf zwei Stufen aufgeteilt. Zunächst wird — ausgehend von dem Gesamtbedarf, der als makroökonomische Größe von der Planungsinstanz vorgegeben wird<sup>40</sup>, — eine „Grobverteilung“ auf die Industriezweige vorgenommen. Diese werden vertreten durch die Vereinigungen Volkseigener Betriebe — VVB. Grundlage dafür sind die für die einzelnen Zweige ermittelten Selbstkosten. Das zu erhebende Reineinkommen wird proportional zu den sich ergebenden Selbstkostenrelationen der Zweige verteilt<sup>41</sup>. In einer darauffolgenden, in der Verantwortlichkeit der einzelnen Industriezweige stehenden „Feinverteilung“ der auf jeden

---

in Gestalt des Reineinkommens (dafür fällt die Produktionsabgabe in Abt. I weg). Damit entfällt zugleich die bisherige Abhängigkeit der Investitionen vom Staatshaushalt. Hauptquelle der Nettokapitalbildung wird der Gewinn bei den VVB (allerdings wird auch weiterhin eine makroökonomische Umverteilung der Finanzierungsmittel zwischen den Industriezweigen erforderlich sein. Diese berührt jedoch die Preisbildung nicht, da sie erst nachträglich stattfindet). Vgl. dazu Johannes Gurtz und Manfred Burghardt: Zur Weiterentwicklung der Haushaltsbeziehungen der Volkseigenen Wirtschaft. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 19 (1965) Nr. 2. S. 13—16. — Kaminsky: A.a.O. S. 6 f.

<sup>39</sup> Läßt man die theoretischen Implikationen einmal außer acht, die für eine auf marxistischen Begriffen fußende östliche Preisbildung bestehen, so kann man das hier gegebene Problem etwa mit der Problematik der Umsatzbesteuerung im Westen vergleichen. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen hängen in beiden Fällen wesentlich von den angewendeten Zurechnungsmethoden ab.

<sup>40</sup> Die vorherige Zurechnung eines „Mehrprodukts“ unter Einschuß der für die Finanzierung der erweiterten Reproduktion erforderlichen Mittel gestattet es, nahezu jede Höhe von Reineinkommen zugrunde zu legen, ohne daß dem ein werttheoretisches Hindernis entgegensteht. Auch bei einer allgemein auf „wertbestimmte“ Grundlagen bezogenen Preisbildung ist es den Planungsinstanzen stets möglich, die als Ziel angestrebte Wachstumsrate zu finanzieren. Vom theoretischen Standpunkt aus ist eine solche gewissermaßen rückwärtsgerichtete Ermittlung des Mehrprodukts angreifbar, weil der Wert auf diese Weise zu einer beliebig manipulierbaren Größe wird.

<sup>41</sup> Zur Zurechnungsmethodik in der Industriepreisreform vgl. z. B.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. A.a.O. S. 6.

Zweig entfallenden Summe an Reineinkommen tritt an die Stelle der Selbstkosten als Bemessungsgrundlage die Eigenleistung der Betriebe. Grob gesehen entspricht das etwa dem Wertschöpfungsbegriff in westlichen Marktwirtschaften<sup>42</sup>. Die Gründe für die Wahl dieser Basis sind im wesentlichen ähnliche wie diejenigen, die für eine Umsatzbesteuerung nach dem Mehrwert im Westen vorgebracht werden. Bei der Zurechnung der Selbstkosten tritt eine Kumulation des Mehrproduktes auf, die eine Verzerrung der Preisrelationen verursacht und damit ebenfalls die Verwirklichung der theoretisch fundierten Wertpreisbildung beeinträchtigt. Auf die Schwierigkeiten, die sich bei einer solchen Zurechnungsmethode ergeben, wird unten noch eingegangen. Jedoch wird man tendenziell — neben mikroökonomischen Wirkungen — als Resultat dieser Reformmaßnahmen auch eine Verbesserung der Wirtschaftsrechnung erwarten können.

#### 4. Gebremste Auswirkungen

Ein weiteres Kennzeichen der Industriepreisreform ist die vorsichtige Behandlung der eintretenden Auswirkungen der Preisänderungen. Sie steht nur teilweise im Zusammenhang mit der dekretierten Unversehrtheit der Konsumgüterpreise. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden einige spezielle Anordnungen erlassen<sup>43</sup>. Preiserhöhungen bei Konsumgütern, die aus der Veränderung der Grundmaterial- und Zwischenproduktpreise abgeleitet werden könnten, wurden allgemein verboten. Außerdem wurde die bislang bestehende Kalkulationsfreiheit für eine Reihe von Betrieben bzw. Produkten aufgehoben<sup>44</sup>. Alle Hersteller haben Listen aufzustellen, in denen die

---

<sup>42</sup> Eine Zurechnung auf der Grundlage der Eigenleistung soll vor allem verhindern, daß der Materialeinsatz zum Bestimmungsfaktor der mit dem Reineinkommen in fester Proportion stehenden Gewinnerzielung für betriebliche Zwecke wird. Weiterhin sollen Auswirkungen eines unterschiedlichen Grades von Arbeitsteilung (wiederum ähnlich wie bei einer Umsatzbesteuerung im Westen) vermieden werden.

<sup>43</sup> Vgl.: Preisanordnung Nr. 3001 — Sicherung der Stabilität der Konsumgüterpreise nach Inkrafttreten neuer Grundstoffpreise und Gütertransporttarife — Vom 1. 2. 1964. GBl. DDR. Teil II. Nr. 16 vom 22. 2. 1964. S. 143, sowie: Preisanordnung Nr. 3001/1 — (gleicher Titel) — Vom 18. 2. 1964. Ebd. Nr. 19 vom 28. 2. 1964. S. 173—175. — Ferner dazu Rudolf Wahl: Kommentar zu den Preisanordnungen 3001 und 3001/1. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. 8. S. 13—14. In bezug auf die weiteren Stufen der Industriepreisreform wurden insgesamt bisher fünf weitere Preisanordnungen (Nr. 3001/2—6) erlassen, die letzte davon am 6. 4. 1965 (GBl. DDR. Teil II. Nr. 51 vom 12. 5. 1965. S. 345—346).

<sup>44</sup> Vgl. z. B.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. A.a.O. S. 6. — Preisanordnung Nr. 3001/2 — Sicherung der Stabilität der Konsumgüterpreise nach Inkrafttreten neuer Grundstoffpreise und Gütertransporttarife — Vom 19. 6. 1964. GBl. DDR. Teil II. Nr. 62 vom 29. 6. 1964. S. 583. — Preisanordnung Nr. 3001/5 — (gleicher Titel) — Vom 22. 12. 1964. Ebd. Nr. 7 vom 16. 1. 1965. S. 37—40. —

vor der Verkündung der neuen Regelungen erzeugten Produkte erfaßt werden. Ziel dieser Vorschrift ist es zu vermeiden, daß Betriebe eigenmächtig ihr Produktionsortiment ändern und dadurch Mangelerscheinungen an den Konsumgütermärkten hervorrufen. Ohne eine genaue Kontrolle wäre ein solches Verhalten nicht zuletzt auf Grund entsprechender Erfahrungen der Vergangenheit wegen der geänderten Kosten-Gewinn-Relation zwischen den verschiedenen Produkten im Hinblick auf das Überwälzungsverbot zu befürchten<sup>45</sup>.

Daneben wurden Maßnahmen vorgesehen, um die Auswirkungen der eintretenden Preisänderungen (im allgemeinen also von Preiserhöhungen, die bei den nachfolgenden Stufen zu Kostensteigerungen werden) in Grenzen zu halten. Zu diesem Zweck wurden die neuen Preise nicht durchgehend voll wirksam; sie sollten gestaffelt in Kraft treten. Mit Hilfe von Preisstützungen aus dem Staatshaushalt, die als vorübergehend gedacht sind, sollen unerwünschte Folgen abgefangen werden. Dazu wurden die Preisveränderungen nach ihren Einflüssen auf Hersteller und Abnehmer aufgespalten. Für das Wirksamwerden der neuen Preise ergeben sich drei Gruppierungen, nach denen eine Differenzierung stattfinden kann<sup>46</sup>:

a) Die Preise treten sowohl für den Hersteller als auch für den Abnehmer ohne Einschränkungen in Kraft. Dieses Verfahren wurde gewählt, wo entweder auch für die Folgestufen (d. h. die Abnehmerseite) bereits neue Preise festgelegt und damit die Kostenänderungen schon berücksichtigt wurden, oder aber Preissenkungen und Preiserhöhungen sich im wesentlichen kompensieren. In einer Reihe von Fällen wurde auch eine Korrektur der Preise für unumgänglich gehalten, um sofort auf sparsame Verwendung der betreffenden Güter Einfluß nehmen zu können. Man entschloß sich dabei zur Inkaufnahme etwaiger Nachteile.

b) Die Preise wirken lediglich beim Hersteller, aber nicht beim Abnehmer; dieser Weg wurde beschritten, wo die Preise der Abnehmer noch nicht neu geregelt wurden und somit nicht aufzufangende Kostenerhöhungen eintreten könnten. Dem Hersteller werden jedoch bereits die neuen Preise gezahlt, um dort die beabsichtigte Wirkung

---

Preisordnung Nr. 3032 — Preisberechnung und Preiskalkulation nach Inkrafttreten von Preisordnungen der Industriepreisreform — Vom 18. 2. 1964. Ebd. Nr. 19 vom 28. 2. 1964. S. 171 und dazu Helmut *Drahota*: Kommentar zur Preisordnung Nr. 3032. Deutsche Finanzwirtschaft, Jg. 18 (1964) Nr. 8. S. 6 f. — Preisordnung Nr. 2025/1 — Verpflichtung zur Preisauszeichnung und zum Preisnachweis — Vom 1. 10. 1964. GBl. DDR, Teil II, Nr. 101 vom 24. 10. 1964. S. 889.

<sup>45</sup> Vgl. Willy *Rumpf*: Wie werden die Preise für Konsumgüter stabil gehalten? Neues Deutschland, Nr. 160 vom 12. 6. 1964. S. 3. — *Kirsten*: A.a.O. S. 14.

<sup>46</sup> Vgl.: Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt. A.a.O. S. 4. — *Kirsten*: A.a.O. S. 14.

zu erzielen (namentlich wieder eine Hebelwirkung). Demzufolge müssen diese Betriebe beim Verkauf ihrer Erzeugnisse eine Aufteilung des neuen Preises vornehmen; vom Abnehmer erhalten sie nach wie vor nur den alten, niedrigeren Preis. Die auszuweisende Differenz zwischen altem und neuem Preis wird ihnen aus dem Staatshaushalt vergütet. Eine generelle Regelung dieser Art gilt gegenüber der Landwirtschaft als Abnehmer; diese ist von sämtlichen Auswirkungen isoliert.

c) Die Preise gelten voll für den Hersteller, für den Abnehmer jedoch nur in eingeschränktem Umfang. Für diese Regelung ist eine zeitliche Begrenzung vorgesehen; sie soll dort Platz greifen, wo ein hoher Anteil der Materialkosten an den gesamten kalkulationsfähigen Kosten des Abnehmers zu einem Druck auf seine Preise führt. Auch in diesem Falle wird eine Stützung aus dem Staatshaushalt gezahlt. Im Unterschied zu dem vorerwähnten Verfahren kalkuliert jedoch der Abnehmer die neuen Preise noch nicht, obwohl er sie an den Hersteller zahlt. Er soll sie jedoch in seinen Dispositionen bereits berücksichtigen. Die Differenz zwischen alten und neuen Preisen wird wiederum gesondert erfaßt und aus dem Haushalt gedeckt. Hierbei ist der Abnehmer Empfänger der staatlichen Ausgleichszahlung.

Diese kompliziert wirkende Regelung bedeutet zwar eine sofortige Realisierung der angestrebten Hebelwirkungen bei den Herstellern (im letztgenannten Falle auch bei den Abnehmern), da die neuen Preise in ihre Entscheidungen eingehen und zu einer im Sinne der Planung liegenden Verhaltensweise anregen. Dennoch sind sie mit erheblichen nachteiligen Wirkungen verbunden; so treten neue Zahlungen aus dem Staatshaushalt an die Stelle der nach den vorgenommenen Preiserhöhungen im wesentlichen beseitigten Subventionen an einige Produktionszweige<sup>47</sup>. Sie sollen zwar nicht von Dauer sein, bedeuten aber immerhin in jedem Falle eine administrative Komplizierung. Da die Landwirtschaft überhaupt ausgenommen wurde, ergibt sich zwangsläufig in bezug auf die an sie verkauften Erzeugnisse eine ständige Preisdifferenzzahlung durch den Staatshaushalt. Das kommt einer andauernden Preisspaltung gleich, so daß ein Teil der Erzeugnisse (im Idealfall) zum Wert realisiert wird, ein anderer dagegen unter dem Wert. Die nicht voll übersehbaren Auswirkungen der Preisreform scheinen aber Anlaß geboten zu haben, diese Ab-

<sup>47</sup> Vgl. hierzu die Regelungen in: Anordnungen über die Zahlung von Preisdifferenzen in Zusammenhang mit der Industriepreisreform. Beginnend mit Nrn. 1 und 2 vom 1. 2. 1964. GBl. DDR. Teil II. Nr. 17 vom 24. 2. 1964. S. 151—153 und 153—155. — Anordnung über das Verfahren der Abrechnung, Finanzierung und Kontrolle von Preisdifferenzen im Zusammenhang mit der Industriepreisreform — Vom 2. 12. 1964. Ebd. Nr. 123 vom 15. 12. 1964. S. 1022—1024.

weichungen von dem ursprünglich angestrebten Ziel als das kleinere Übel zu betrachten. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit die Preispolitik imstande ist, den vorübergehenden Charakter solcher Zahlung aus dem Staatshaushalt zu wahren. Eine Steigerung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Effizienz wird daher auch in diesem Falle wesentlich von der Einhaltung der gewählten Konstruktion abhängen.

### III. Neuere preistheoretische Entwicklungen

#### 1. Voraussetzungen

Die neueren im Zusammenhang mit der Industriepreisreform stehenden preistheoretischen Überlegungen wurzeln einerseits in dem Erkenntnisstand, der mit der Festpreisbildung erreicht und in ihr teilweise verwirklicht wurde<sup>48</sup>. Insbesondere bedeutet das die Begründung der Preisbildung auf die marxistische Arbeitswertlehre, die allerdings in der Wirklichkeit eben meistens nur in einer prinzipiellen Ausrichtung der Preise an den durchschnittlichen Produktionskosten sichtbar wird. Andererseits gehen gegenwärtige Erwägungen von den spezifischen Zielsetzungen des neuen ökonomischen Systems aus<sup>49</sup>. Dabei steht im Vordergrund die zentrale mikroökonomische Rolle des

<sup>48</sup> Auf diesen Stand beziehen sich im wesentlichen die Darstellungen der einzelnen preispolitischen Bereiche in dem als Lehrbuch gedachten und im Jahre 1960 abgeschlossenen Sammelband: Preispolitik und Preisbildung in der DDR.

<sup>49</sup> Besonders klar formuliert bei Harry Nick: Probleme der Ökonomie der vergegenständlichen Arbeit. Wirtschaftswissenschaft, Jg. 13 (1965) Nr. 2. S. 177: „Ausgehend davon, daß die Durchführung der technischen Revolution der Hauptinhalt des Perspektivplanes 1964 bis 1970 ist, ergibt sich für die ökonomische Wissenschaft... als wesentlichste Aufgabe, die ökonomischen Konsequenzen der technischen Revolution rechtzeitig und umfassend herauszuarbeiten, alte, früher unbestrittene Thesen der politischen Ökonomie neu zu durchdenken, neue Lösungen zu finden, die sich in das neue ökonomische System der Planung und Leitung harmonisch einfügen, dieses System weiterzuentwickeln.“

Unter einem methodologischen Blickwinkel zeigt sich die grundsätzlich auf konkrete Problemstellungen ausgerichtete Art der theoretischen Arbeit im sowjetischen Wirtschaftssystem. Dieser Zusammenhang wird gelegentlich im Westen dahin interpretiert, daß es eine Preistheorie im echten Sinne im Osten eigentlich nicht gebe. Zweifellos ist das zutreffend, wenn man unter „Theorie“ eine rationale Durchdringung der Wirklichkeit nach einem durchgehenden Prinzip versteht, das auch der wirtschaftspolitischen Gestaltung zugrunde gelegt wird; also in bezug auf die Preispolitik die Ausrichtung an einem Systemdenken, wie es im Westen etwa durch die Idee eines allgemeinen Gleichgewichts repräsentiert wird. Es erscheint jedoch fraglich, ob eine solche Einengung des Begriffes „Theorie“ zweckmäßig ist. Einerseits stellt auch eine isolierte Partialanalyse ein theoretisches Denken dar; zum anderen wird eine richtige Erfassung der Entwicklungstrends im östlichen Denken dadurch erschwert, die ja seit Stalins Tod eine zunehmende Tendenz in Richtung auf abstrahierendes Durchdenken erkennen lassen.

Gewinns, dessen Wirksamwerden in der vorgesehenen Form besondere Anforderungen an die Preisbildung stellt. Ergänzend müssen die „Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit“ und die „Förderung der neuen Technik“ als ein Hauptziel sowohl des neuen ökonomischen Systems im ganzen wie der Preisbildung im besonderen berücksichtigt werden. In ihnen zeigt sich eine Haupttriebkraft, die zur Einführung der neuen Leitungsmethoden überhaupt führte: die Bedeutung des Kapitals für eine moderne Wirtschaft. Zahlreiche Veröffentlichungen behandeln die Probleme der gegenwärtigen technischen Revolution eingehend, die als eine auch qualitative Veränderung des Kapitals interpretiert wird. Offenbar geht es also um die Auswirkungen der automatisierten Fertigungsverfahren, die auch im Osten beträchtliche Probleme aufwerfen.

Wie sich noch zeigen wird, hat man hier den Prüfstein der zur Diskussion stehenden preisbezogenen Gedankengänge zu sehen. Von den ziemlich zahlreichen Gegenständen, zum Teil mehr technischer Art, mit denen man sich auf preistheoretischer Ebene befaßt, werden nachfolgend nur einige grundlegend bedeutungsvolle näher analysiert. Dabei wird das Schwergewicht auf die am weitesten fortgeschrittenen Analysen gelegt; es ist aber bemerkenswert, daß diese zunehmend in den Vordergrund gerückt sind und neuerdings teilweise auch preispolitische Trends in anderen Volkswirtschaften des Ostblocks, z. B. der ČSSR, als Möglichkeiten einer Weiterentwicklung erwägen.

## 2. G e d a n k l i c h e S c h w e r p u n k t e

Unter dem Blickwinkel solcher Zielsetzungen konzentriert sich die preistheoretische Arbeit hauptsächlich auf das sog. „Reineinkommen“. Es verkörpert nach der Marxschen Lehre einen Teil des Mehrprodukts und wird durch die Arbeit geschaffen<sup>50</sup>. Sein Zweck ist die Finanzierung der durch die Gesellschaft zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen; es kann also in einem weiten Sinne als Aufwendung für soziale Kosten aufgefaßt werden. Neben der Sicherung ökonomischer Grundfunktionen zählen dazu u. a. die Kosten des Staatsapparates, vor allem jedoch die „erweiterte Reproduktion“, d. h. die Nettokapitalbildung. Im Rahmen des neuen ökonomischen Systems erhält das Reineinkommen außerdem eine besondere Bedeutung als finanzielles Leitkriterium in der Wirtschaftslenkung und als Meßgröße der betrieblichen Leistungen im allgemeinen sowie der Planerfüllung im

<sup>50</sup> Dem Begriff „Reineinkommen“ synonym ist der gegenwärtig betonte Begriff „Gewinn“.

besonderen<sup>51</sup>. Es soll demgemäß als ökonomischer Hebel auf die betriebliche Verhaltensweise einwirken.

In diesem Sinne wirkt hauptsächlich derjenige Teil des Gewinnes, der zur Verfügung der Betriebe bleibt (das Reineinkommen ist zu seinem größeren Teil an die VVB abzuführen; es dient zur Deckung des Nettokapitalbedarfs des jeweiligen Industriezweiges sowie darüber hinaus auch der übrigen Zweige). Der Gewinn soll die Betriebe somit auf indirektem Wege zu plankonformem Verhalten im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Ziele veranlassen. Die analytische Zurechnung dieser als Bestandteil des Wertes aufgefaßten Größe<sup>52</sup> soll nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden und zugleich eine Lenkungsfunktion ermöglichen, darüber hinaus aber auch der objektiven Wertlehre entsprechen. Die unter Einfluß des Reineinkommens entstehenden Preisrelationen sollen dementsprechend den Werten, mithin den im gesellschaftlichen Durchschnitt aufgewendeten verhältnismäßigen Arbeitsmengen entsprechen.

Es wurde bereits gezeigt, wie im Rahmen der Industriepreisreform die Zurechnungsfrage gelöst wurde. Gegen diese Art haben sich jedoch rasch Bedenken erhoben, zumal das Problem bereits seit langem diskutiert und namentlich auch in der Sowjetunion ausgiebig in wissenschaftlichen Erörterungen behandelt wurde<sup>53</sup>. Dabei wurden von mehreren Seiten Vorschläge gemacht und verschieden gestaltete Bezugsgrundlagen zur Diskussion gestellt.

Wenn man Mischtypen zwischen verschiedenen Vorschlägen außer acht läßt (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die konkret gewählte Art der Industriepreisreform ebenfalls ein solcher Mischtyp ist, wenn auch ein in zwei Teilstufen verwirklichter), lassen sich in der Hauptsache drei reine Formen unterscheiden<sup>54</sup>:

<sup>51</sup> Vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. A.a.O. S. 51, 53 ff. — Ferner Helmut Mann: Der Preis im neuen ökonomischen System. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. F 18. S. 17 bis 18: „Die Bezugsbasis für die Gewinnzurechnung in der Preiskalkulation muß so gewählt sein, daß eine Kausalität zwischen Gewinnhöhe und Leistung des Betriebes (unter Beachtung der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit) gesichert ist.“

<sup>52</sup> Vgl. *Apel* und *Mittag*: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel. A.a.O. S. 74 ff. Der Gewinn wird als „Geldausdruck des wesentlichsten Teils des Mehrprodukts der sozialistischen Betriebe und der Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ bezeichnet (S. 74). — Vgl. weiter: Politische Ökonomie, Lehrbuch. A.a.O. S. 572. Preispolitik und Preisbildung in der DDR. A.a.O. S. 79.

<sup>53</sup> Eine ausführliche Darstellung dieser Erwägungen bietet in bezug auf die Sowjetunion Friedrich *Haffner*: Wandlungen der sowjetischen Preistheorie und Preisbildung. Konjunkturpolitik. Jg. 11 (1965) Nr. 3. S. 171—212, insbes. S. 179 bis 191. Seine Ausführungen gelten im wesentlichen auch für die Behandlung des Problems in der mitteldeutschen Fachliteratur.

<sup>54</sup> Vgl. Kurt *Ambrée*: Verrechnung des Reineinkommens auf die Erzeugnisse. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. F 12. S. 16 ff. — Vgl. zum folgenden

Die Zurechnung des Gewinns kann danach erfolgen proportional zu den Selbstkosten, der eigenen Leistung oder zu den Kapitalfonds der Betriebe.

Von diesen Alternativen scheidet die erste als ungeeignet aus, da sie im Gegensatz zu den angestrebten Zielen steht. So fördert sie nicht eine sparsame Verwendung der verfügbaren Mittel, sondern verursacht z. B. eine unnötige Aufblähung der Selbstkosten. Durch eine Steigerung des Materialeinsatzes und anderer Fremdbezüge, die mit zur Grundlage des Gewinns gemacht werden, können die Betriebe ihren Gewinn erhöhen. Allerdings entspricht diese Variante den theoretischen Vorstellungen über die alleinige Zurechnung des Mehrprodukts (das der Gewinn repräsentiert) auf die Arbeit.

Diesem Ziel wird auch die Basis „eigene Leistung“ weitgehend gerecht, sofern darunter die Lohnkosten verstanden werden. Die Gewinnbemessung steht dann in Relation zu dem eingesetzten Arbeitsvolumen. Es zeigt sich aber, daß dem praktischen Erfordernis einer rationellen Verwendung der Sachkapitalien ebenfalls nicht entsprochen wird. Vielmehr wird sehr wahrscheinlich eine nicht notwendige Steigerung des Arbeitseinsatzes je Produkteinheit erfolgen, um die Grundlage für die Gewinnbemessung möglichst hoch anzusetzen. Eine stärkere Ausnutzung des Sachkapitals trägt dazu wenig bei, so daß diese Bemessungsgrundlage im wesentlichen zu einer Bevorzugung überalterter, weil überwiegend arbeitsintensiver Produktionsverfahren führt. Sie hemmt somit den technischen Fortschritt und die angestrebte Erreichung der im internationalen Maßstab modernsten Technik. Weitere Ausgestaltungen dieser Variante stellen nur geringfügige, aber nicht prinzipielle Änderungen dar. Beispielsweise könnten zusätzlich zu den Lohnaufwendungen auch die Abschreibungen (Ersatz vorgetaner Arbeit) berechnet werden. Auch in diesem Falle ergäbe sich im wesentlichen eine dem Arbeitsaufwand proportionale Zurechnung des Reineinkommens. Mit steigendem Kapitaleinsatz und entsprechend steigenden Abschreibungen je Produkteinheit könnten sich allerdings Verschiebungen ergeben, die zu Disproportionalitäten führen.

Vergegenwärtigt man sich die in der Industriepreisreform angewandte Methode, so läßt sich feststellen, daß die Eigenleistung als Grundlage der Verteilung auf die Betriebe (also innerhalb je einer VVB) einigermmaßen den werttheoretischen Erfordernissen gerecht zu

---

auch die Ausführungen von Richard Fischer, Jochen Mischner und Helmut Egerland: Auf welcher Basis das Reineinkommen verteilen? Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 17 (1963) Nr. 9. S. 3—5. — Kurt Ambrée: Die Anforderungen des sozialistischen Preistyps an die Verrechnung des Reineinkommens. Wirtschaftswissenschaft. Jg. 13 (1965) Nr. 4. S. 548—561.

werden vermag. Die Verteilung auf die Zweige (nach ihren Selbstkosten) scheint demgegenüber eher ein Notbehelf zu sein. Entsprechend wird auch insbesondere für diese Zurechnung der Übergang zu einer Verrechnung nach produktiven Fonds verlangt<sup>55</sup>. Nur mit Hilfe einer solchen Methode könnten die eingesetzten Kapitalien insgesamt berücksichtigt werden, gegenüber der nur den laufenden Kapitalverzehr enthaltenden Amortisation.

Bei dieser Verrechnungsart liegt es auf der Hand, daß sie zwar einerseits einen Übergang zu modernen, kapitalintensiven Produktionsverfahren fördert, aber andererseits den Anforderungen der Arbeitswertlehre nicht entspricht. Eine solche Zurechnungsmethode bringt Abweichungen der so gebildeten Preise vom Arbeitswert mit sich, da die Kapitalfonds nicht immer im gleichen Verhältnis zu den Arbeitskosten (dem variablen Kapital) stehen. Die Entscheidung für diese Methode wird daher ausdrücklich mit Bezug auf die Ziele des neuen ökonomischen Systems begründet<sup>56</sup>.

Eine verbesserte Ausnutzung der *im Betrieb befindlichen* Kapitalfonds wird von der Auswahl der Bezugsbasis für die Zurechnung des Reineinkommens nicht oder nicht wesentlich beeinflusst. Hierfür ist hauptsächlich die Möglichkeit maßgebend, einen Gewinn für den Betrieb zu erwirtschaften. Sie dürfte in jedem Falle einen Anreiz ausüben, etwa vorhandene Kapitalbestände, die nicht voll genutzt werden, in die Produktion einzubeziehen. Bei gegebenen Preisen wird

<sup>55</sup> Vgl. Kurt *Ambrée*: Selbstkosten, eigene Leistungen oder produktive Fonds? Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. F 7. S. 6. — Zu grundsätzlichen Aspekten dieses Problems vgl. auch *Nick*: Probleme der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit. A.a.O. S. 183 f.

<sup>56</sup> In der mitteldeutschen Fachliteratur finden sich jedoch auch abweichende Stellungnahmen; vgl. etwa Johannes *Rudolph*: Die Ausnutzung des Gesetzes der Preisbildung im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Wirtschaftswissenschaft. Jg. 11 (1963) Nr. 7. S. 1041—1056. — Rolf *Lohse*: Die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Reineinkommens bei der Preisbildung. Ebd. Nr. 12. S. 1952—1968. — Einen Überblick über die grundsätzlichen Anschauungen bietet der Bericht, erstattet von Gertraud *Kalok* (ebd. Jg. 12 [1964] Nr. 4. S. 640—645) über eine Tagung der Deutschen Akademie der Wissenschaften vom 15. 11. 1963: Preisprobleme im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Neben der im Text hauptsächlich zugrunde gelegten fortgeschrittenen Auffassung, die im wesentlichen von pragmatischen Erwägungen bestimmt wird, läßt sich eine mehr konservative, von der Lehre her deduzierende Linie erkennen. So forderte z. B. *Rudolph*, eine Reihe volkswirtschaftlicher Ziele nicht mittels der Preise, sondern mit Hilfe geeigneter finanzpolitischer Maßnahmen anzustreben.

Die vorgeschlagene Zurechnung des Reineinkommens auf der Basis produktiver Fonds wird auch in der letzten Ausgabe des Lehrbuchs: Politische Ökonomie a.a.O. S. 551 ausdrücklich als falsch bezeichnet. Diese Einschränkungen müssen im Hinblick auf die weiter unten erörterte theoretische Begründung des „sozialistischen Preistyps“ beachtet werden. Für den Trend scheinen allerdings die hier vorwiegend analysierten Meinungen aufschlußreicher zu sein, zumal die traditionell geprägten Stellungnahmen meistens schon vor längerer Zeit erschienen.

eine dadurch erzielte Mehrproduktion zu einem erhöhten Reineinkommen und auch zu einem erhöhten Betriebsgewinn führen. Es ergibt sich somit keine besondere Stützung für eine bestimmte der genannten Alternativen<sup>57</sup>.

Wenn trotzdem in wachsendem Maße der Bezugsbasis „Kapitalfonds“ ein eindeutiger Vorzug gegeben wird, so muß dies offenbar in Zusammenhang mit einem Bestreben der Betriebe gesehen werden, bei der Zurechnung auf der Basis „Arbeitskosten“ eine möglichst große Arbeitskostensumme zu erreichen. Auf diese Weise wäre es ihnen möglich, sich von vornherein einen möglichst großen Gesamtgewinn zu sichern<sup>58</sup>. Die dadurch eintretende Betonung arbeitsintensiver Produktionsverfahren würde dem angestrebten Ziel einer nachhaltigen Förderung moderner Produktionstechniken weitgehend widersprechen.

Erneut zeigt sich die Bedeutung, die man gegenwärtig in Mitteldeutschland dem Kapital als Produktionsfaktor beimißt. Das gilt um so mehr, als gegen diese Zurechnungsmethode naturgemäß die gleichen Einwendungen erhoben werden könnten wie gegen die Arbeitskostenbasis. Wenigstens hypothetisch muß unterstellt werden, daß ein Anreiz für die Betriebe besteht, möglichst umfangreiche Sachanlagen aufzubauen, um eine möglichst große Bemessungsgrundlage für den geplanten Gewinn zu haben. Die Einführung einer Verzinsung wäre daher eine dringliche Folge, wenn eine Kapitalverschwendung vermieden werden soll<sup>59</sup>. Zwar werden auch Mischsysteme beider Bezugsgrundlagen als mögliche Alternative erwähnt, jedoch ist es fraglich, ob sie praktisch ausführbar sind. An theoretischer Exaktheit dürfte es ihnen a priori mangeln<sup>60</sup>. Sie würden allerdings den Vorzug

<sup>57</sup> Damit kann allerdings nichts ausgesagt werden über die tatsächlichen Verhaltensweisen, z. B. über „unökonomisches“ Verhalten, dessen wirkliche Ursachen sich nicht allgemein ergründen lassen, das aber unter den besonderen Gegebenheiten der östlichen Wirtschaftsform nicht selten vorkommt.

<sup>58</sup> Eine überplanmäßige Steigerung des Reineinkommens und Betriebsgewinns wäre mit Hilfe einer besseren Ausnutzung des vorhandenen Sachkapitals immer noch möglich, wenn man nicht auch während der Planperiode versuchen würde, sich eine möglichst günstige Ausgangsposition für eine zukünftige Revision der Reineinkommensverteilung zu verschaffen. Offensichtlich spielen hier Probleme einer dynamischen Preispolitik eine erhebliche Rolle.

<sup>59</sup> Solche Kosten gehen im Falle der Bezugsbasis „Arbeits(lohn)kosten“ in die Preisbildung ein, sind also für den Betriebsgewinn unschädlich. Demgegenüber erwachsen den Betrieben aus dem Brachliegen von Sachkapital bei der Bezugsbasis „produktive Fonds“ zwar nach der gegenwärtigen Regelung keine Kosten. Es würde aber gewinnschmälernd wirken, wenn das Kapital verzinst werden müßte, da in diesem Fall nicht laufende Kosten, sondern eine *Bestandsmasse* Reineinkommensgrundlage ist.

<sup>60</sup> Es ergeben sich Ähnlichkeiten zwischen dieser Problematik und der im Westen für ein etwa analoges Problem eingesetzten Grenzproduktivitätsanalyse, wobei im Osten die Marginaltheorien noch immer nicht anerkannt sind.

einer ausgeglicheneren Berücksichtigung sowohl der Arbeit als des Kapitals in der Produktion haben. Immerhin scheint es sicher, daß ohne einen Preis des Kapitals, der seine Knappheit widerspiegelt und allgemein allen betrieblichen Anlagen zugerechnet wird, die Betriebe zu einem rationellen Abwägen im Sinne einer Substitution des Faktoreinsatzes nicht in der Lage sind. Es wird abzuwarten sein, ob die nunmehrige Überbetonung des Kapitals in der theoretischen Konzeption durch die Praxis abgemildert wird oder ob neue volkswirtschaftliche Verzerrungen — diesmal in der anderen Richtung — das Ergebnis sein werden.

Die Frage einer Kapitalverzinsung steht auch in anderer Beziehung in engem Zusammenhang mit der Preisbildung und der Zurechnung des Reineinkommens. Bekanntlich hat sich im ganzen östlichen Wirtschaftssystem eine eingehende Diskussion darüber entfaltet<sup>61</sup>, deren Resultat eine allgemeine oder mehr experimentelle Einführung von neuen Kostenfaktoren war. Mit Hilfe solcher Abgaben auf die „Fonds“ der Betriebe sollen — wenn auch selten unter dieser Bezeichnung<sup>62</sup> — die relative Knappheit des Kapitals in der Preisgestaltung erfaßt und insbesondere die Betriebe zur sparsamen und rationellen Verwendung sowie vollständigen Kapazitätsausnutzung angehalten werden. In Mitteldeutschland wurde zunächst von einer allgemeinen Einführung einer derartigen Abgabe abgesehen. Stattdessen entschloß man sich zur „Erprobung“ einer Produktionsfondsabgabe in mehreren Vereinigungen Volkseigener Betriebe sowie in einigen Einzelbetrieben verschiedener Zweige<sup>63</sup>. Dementsprechend wurde sie bei der Industriepreisreform noch nicht berücksichtigt. Auch die Erörterungen über ihre endgültige Ausgestaltung sind noch nicht abgeschlossen<sup>64</sup>.

<sup>61</sup> Vgl. die ausführlichen Darlegungen zur Frage der Rolle des Kapitals in der Gegenwart bei Harry Nick: Mehr Aufmerksamkeit der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit. Einheit. Jg. 19 (1964) Nr. 7 S. 37 ff., insbes. S. 39 f. — Ferner *Apel und Mittag*: A.a.O. S. 110 ff.

<sup>62</sup> Es wird meistens — im Anschluß an die früheren wirtschaftstheoretischen Debatten — von einer richtigen Berücksichtigung des Nutzeffektes der Investitionen gesprochen. Im wesentlichen dem gleichen Ziel dienen auch die schon seit längerer Zeit verwendeten und diskutierten Methoden einer Messung der Rückflußdauer (d. h. der Umschlaggeschwindigkeit) des Kapitals. Diese sind in gewissem Sinne als Zinssatz anzusehen.

<sup>63</sup> Es handelt sich um sechs VVB (Eisenerz und Roheisen, Elektrochemie, Chemiefaser/Fotochemie, Werkzeugmaschinen, Bauelemente/Vakuumtechnik, Elektrogeräte) und drei andere Volkseigene Betriebe (Warnowwerft, Nähmaschinenwerk Wittenberge, Baumwollweberei und Veredelung, Plauen). Diese Experimente begannen am 1. Juli 1964. — Vgl. Erich Langner und Harry Nick: Warum Produktionsfondsabgabe? Berlin-Ost 1965. S. 3.

<sup>64</sup> Aus der zahlreichen Literatur zu diesem Problembereich vgl. u. a. Mann: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises. A.a.O. S. 533. — Harry Nick: Die Produktionsfondsabgabe — der wichtigste ökonomische Hebel zur rationellen Nutzung der produktiven Fonds. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 18 (1964) Nr. 9, 10 und 13. S. 3 ff. bzw. 23 ff. bzw. 15 ff.

Das preistheoretische Problem, das mit der Einführung der Produktionsfondsabgabe aufgeworfen wird, entspricht teilweise der Problematik des Reineinkommens. Es handelt sich hierbei in östlicher Sicht ebenfalls um einen Bestandteil des Warenwertes, mithin um einen Bestandteil des Preises, nicht um einen zum (Kosten-)Preis hinzuzufügenden Aufschlag. Die Preisbildung muß somit die Produktionsfondsabgabe neben den bisher kalkulierbaren Kosten und dem (betrieblichen und gesellschaftlichen) Reineinkommen enthalten. Nach östlicher Auffassung stellt diese Abgabe jedoch kein Kostenelement dar, sondern ist ein Teil des Reineinkommens, entsteht also aus dem Mehrprodukt<sup>65</sup>. Sie wirkt allerdings sowohl auf den Abnehmer- wie auch auf den Herstellerbetrieb wie ein Kostenelement ein, so daß diese Bezeichnung eher eine terminologische Bedeutung besitzt<sup>66</sup>.

Die Bemessung der Produktionsfondsabgabe richtet sich in erster Linie nach Zweckmäßigkeitserwägungen; ihre Höhe muß eine ausreichende Beeinflussung der betrieblichen Entscheidungen in dem von der zentralen Wirtschaftslenkung gewünschten Sinne gewährleisten<sup>67</sup>. Aus ihrem Charakter als Knappheitsanzeiger geht ferner hervor, daß sie die angestrebten Lenkungswirkungen nur dann volkswirtschaftlich optimal entfalten kann, wenn sie überall mit einem gleichen Prozentsatz je Kapitaleinheit erhoben wird. Daraus ergibt sich zwingend eine zwar in Relation zu den betrieblichen Kapitalfonds proportionale, im Hinblick auf den Gesamtpreis jedoch unterschiedliche (prozentuale) Höhe. Es bietet sich also im Ergebnis das gleiche Bild wie für die Zurechnung des Reineinkommens auf der Basis „produktive Fonds“. Die Preise weichen vom Arbeitswert der Waren ab, ihre Relationen untereinander entsprechen nicht dem Wertgesetz. Während allerdings für die Zurechnung des Reineinkommens wenigstens grundsätzlich betrachtet mehrere Möglichkeiten bestehen, die eine Wahrung der arbeitswertbestimmten Preisrelationen gestatten könnten, gibt es für die Produktionsfondabgabe eine solche Möglichkeit nicht.

---

<sup>65</sup> Vgl. z. B. Vasily S. *Nemčinov*: Der dritte Weg zur Realisierung des Mehrprodukts. Die Wirtschaft, Jg. 17, Nr. 47 vom 21. 11. 1962, S. 1. Wenn sie als Kostenbestandteil angesehen würde, läge darin die Anerkennung eines Einflusses der Kapitalintensität in der Produktion auf die Wertbildung; das widerspräche der Lehre, daß das Produktionskapital lediglich seinen Wert im Maße des Verschleißes auf das Erzeugnis überträgt.

<sup>66</sup> Eine Steigerung des Ausnutzungsgrades des Kapitals bedeutet dabei unmittelbar eine Senkung des Kapitalkostenbetrages je Erzeugniseinheit, steigert also *ceteris paribus* den Gewinn.

<sup>67</sup> Ihre Höhe wäre etwa an der Knappheit des Kapitals auszurichten.

Für die arbeitswertgebundene Preistheorie ergibt sich daher die Aufgabe, einerseits die Existenz einer Kapitalverzinsung überhaupt zu begründen<sup>68</sup>, andererseits aber — das ist das gravierendere Problem — die durch sie verursachte prinzipielle und unterschiedliche Abweichung der Preise vom Wert zu erklären.

Zur konkreten Handhabung einer allgemein einzuführenden Produktionsfondsabgabe wird vorgeschlagen, daß diese als eine an den Staatshaushalt abzuführende feste Abgabe behandelt wird<sup>69</sup>. Sie soll dabei als eine staatliche Mindestforderung an die Betriebe zur Erwirtschaftung von Reineinkommen angesehen werden. Trotz der Deklaration als Gewinn(Reineinkommens)bestandteil unterscheidet sie sich nach dieser Konzeption also materiell wesentlich vom Gewinn. Dieser ist zwar eine geplante Größe, spiegelt aber doch das tatsächliche Betriebsergebnis wider; die Produktionsfondsabgabe dagegen wird eben als feste Abführung auferlegt, die vom Betriebsergebnis unabhängig ist. Allerdings stellen sich gegenwärtig einer modellgerechten Einführung der Produktionsfondsabgabe noch beträchtliche Schwierigkeiten entgegen. Infolge der recht unterschiedlichen relativen Kapitalausstattung der Betriebe vor allem in den verschiedenen Industriezweigen würde sich für die Produktionsmittelindustrie eine erhebliche Belastung ergeben. Aus dem in der Industriepreisreform jeweils festgelegten Volumen an Reineinkommen könnte diese in zahlreichen Fällen nicht getragen werden. Die Betriebe würden entweder defizitär, oder aber der Restgewinn reichte nicht aus, um die erstrebte Hebelwirkung tatsächlich auszuüben. Als vorübergehende Maßnahme wird daher eine Differenzierung der Abgabe erwogen<sup>70</sup>. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten einer volkswirtschaftlich schädlichen Verzerrung der Preisstruktur liegen auf der Hand. Es würde darüber hinaus auch zu einer erneuten Kapitalfehlleitung

<sup>68</sup> Obwohl das z. T. durch die Deklaration der Produktionsfondsabgabe als Teil des Reineinkommens umgangen wird. — Vgl. zur Frage, ob die Abgabe preisbildendes Element oder Form der Gewinnabführung ist, Helmut Mann: Produktionsfondsabgabe und Preisbildung. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 17 (1963) Nr. 22. S. 11.

<sup>69</sup> Mit einer solchen steuerartigen Gestaltung wird die Produktionsfondsabgabe mehr oder weniger zwingend, was für das Reineinkommen kaum zutreffen dürfte. Als Gewinn ist es eine zwar geplante Größe, unterliegt aber *de facto* mannigfachen, seine Höhe beeinflussenden Faktoren. Vgl. zur in Aussicht genommenen Gestaltung u. a. Langner und Nick: A.a.O. S. 15 f. — Gurtz und Burghardt: A.a.O. S. 13 ff.

<sup>70</sup> Vgl. Ambrée: Die Anforderungen des sozialistischen Preistyps an die Verrechnung des Reineinkommens. A.a.O. S. 552. — Für eine Differenzierung nach wirtschaftspolitischen Aspekten z. B. Ottomar Kratsch: Probleme der Produktionsfondsabgabe. Einheit. Jg. 19 (1964) Nr. 1. S. 90 f. Nach dieser Konzeption würde es sich nicht um eine Verzinsung, sondern eher um eine neue Form „differenzierter (Umsatz-)Steuer“ handeln.

kommen können, indem — offenbar nach jeweils als wirtschaftspolitisch zweckmäßig betrachteten Gesichtspunkten — unterschiedliche „Kosten des Kapitals“ angesetzt würden. Eine partielle Überkapitalisierung einzelner Produktionszweige (im konkreten Falle wahrscheinlich der kapitalintensiven Schwerindustriezweige) wäre wie schon in der Vergangenheit die Folge. Dadurch würden die volkswirtschaftlich unerwünschten Nachteile der früheren Theorie der niedrigen Produktionsmittelpreise erneut heraufbeschworen. Die Überwindung dieser inzwischen aufgegebenen Theorie auch in der Praxis war demgegenüber ja gerade eines der vordringlichen Ziele der neuen Preisrevisionen<sup>71</sup>.

Es läßt sich gegenwärtig kaum übersehen, inwieweit es möglich sein wird, dieser Gefahr zu entgehen. Jedenfalls handelt es sich dabei um Probleme der wirtschaftspolitischen Praxis, die durch geeignete Handhabung gelöst werden können. Dagegen sind die theoretischen Bezüge sowohl der Produktionsfondsabgabe als auch der Reineinkommensproblematik im hier betrachteten Zusammenhang wesentlich tiefschürfender.

### 3. Der sozialistische Preistyp

Als Hauptaufgabe der gegenwärtigen preistheoretischen Arbeiten wird im Hinblick auf die analysierten Problemstellungen die Festlegung eines „sozialistischen Preistyps“ bezeichnet<sup>72</sup>. Bislang war man davon ausgegangen, daß die Grundlage der Preisbildung eine Ausrichtung der Preise am Wert sein müsse; dieses Ziel war sowohl für die praktische Preispolitik — wenigstens tendenziell — stets betont als auch in der „Wertgesetzdebatte“ ausgiebig diskutiert worden. Auch im neuen ökonomischen System wurde die „weitere Annäherung der Preise an den Wert“ als Hauptziel angegeben. Zwar hatten sich dabei insofern gewisse Schwierigkeiten eingestellt, als der Wert prinzipiell als nicht quantifizierbar angesehen wurde<sup>73</sup>. Doch bestand vom

<sup>71</sup> Bei einer solchen Darstellung muß freilich berücksichtigt werden, daß auch in westlichen Marktwirtschaften die theoretisch angenommenen Preiswirkungen durch vielfache administrative Eingriffe abgeändert werden. Das trifft in besonderem Maße für die wirtschaftspolitische Differenzierung des Kapitalzinses zu, der oft für verschiedene Verwendungsrichtungen unterschiedliche Höhe hat (Zinssubventionen der öffentlichen Hand).

<sup>72</sup> Vgl. Mann: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises. A.a.O. S. 530.

<sup>73</sup> Ausschlaggebend dafür ist vor allem das „Produkt für die Gesellschaft“, dessen Höhe sich nicht automatisch ergibt (wie das „Mehrprodukt“ der Marktwirtschaft), sondern Bestandteil eines additiv ermittelten „Wertes“ ist. Vgl. dazu Hans Langer: Die Bestimmung der Einzelhandelspreise im Rahmen der Festpreisbildung. Wirtschaftswissenschaft. Sonderheft 5. 1958. S. 135. — Vgl. auch: Preispolitik und Preisbildung in der DDR. A.a.O. S. 66 f.

Standpunkt der Lehre kein Zweifel, daß er die Grundlage der anzustrebenden Preisbildung sein müsse und daher auch von zentraler Bedeutung für die Preistheorie sei<sup>74</sup>. In der konkreten Preispolitik ergaben sich zusätzliche Schwierigkeiten aus dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage an den Konsumgütermärkten, die auf der Basis einer wertbezogenen Preisbildung nicht oder nur schwer gelöst werden können. Für den Bereich der eigentlichen industriellen Preisbildung kann dieses Problem außer acht bleiben.

Zwischen der marxistischen Lehre in bezug auf die Wertbildung und der Praxis bestanden demnach keine prinzipiellen Abweichungen. Die Tatsache, daß Wert und Wertgesetz erst nach geraumer Zeit zu auch für den Sozialismus gültigen Kategorien erklärt wurden, bedeutete mehr oder weniger die Korrektur des Irrtums der Revolutionsphase, daß die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus mit der vollzogenen Revolution unmittelbar absterben würden, aber keinen grundlegenden Kurswechsel<sup>75</sup>.

Die oben entfalteteten, auf der neuen Auffassung von der Rolle des Kapitals beruhenden Notwendigkeiten der Zurechnung des Reineinkommens und der Produktionsfondsabgabe lassen sich nicht ohne weiteres in der konventionellen Werttheorie berücksichtigen, weil sie mehr oder weniger offenbar von einer aktiven Rolle des Kapitals bei der Wertbildung ausgehen. Eine Preisbildung auf der Grundlage des (arbeitsaufwandbedingten) Wertes kann jedoch nicht stattfinden, wenn Kostenfaktoren kalkuliert werden müssen, die nicht der Produktivität der Arbeit, sondern der des Kapitals entspringen.

Um dieser Schwierigkeit zu entgehen, wird die Aufgabe gestellt, einen Preistyp theoretisch zu erforschen, der sich auf die konkrete

<sup>74</sup> Bekanntlich schuf die Wertgesetzdebatte geradezu die Rechtfertigung für eine an einheitlichen Maßstäben ausgerichtete Preisbildung, indem das Wirken des Wertgesetzes auch im Sozialismus festgestellt und seine „bewußte Ausnutzung“ zum Grundsatz der sozialistischen Preispolitik erhoben worden war. In der praktischen Verwirklichung dieser Prinzipien stützte man sich allerdings in theoretisch nicht einwandfreier Weise auf die Selbstkosten, wie sie z. B. in der Kalkulationsverordnung vom 17. 3. 1955 festgelegt wurden (GBl. DDR, Teil I, Nr. 34 vom 28. 4. 1955, S. 277—280).

<sup>75</sup> Die Begründung der Existenz von Ware-Geld-Beziehungen und damit des Wertes sowie des Wertgesetzes im Sozialismus hat seit dem Beginn der 1950er Jahre Veränderungen erfahren. In seiner Schrift: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ hatte *Stalin* sie als für den Sozialismus gültig hingestellt und mit der Existenz verschiedener Eigentumsformen (also den Produktionsverhältnissen) begründet; das Wertgesetz beschränke sich in seinem Wirken daher auf die Sphäre der Konsumgüter, erstrecke sich aber nicht auf die Produktionsmittelerzeugung (vgl. ebd., S. 7). Heute wird demgegenüber die prinzipielle Gültigkeit auch für den letzteren Bereich anerkannt. Vgl.: Politische Ökonomie, Lehrbuch, A.a.O. S. 537 und S. 549 f. — Ferner *Apel* und *Mittag*: A.a.O. S. 56 ff., insbes. S. 58. — Vgl. zur preistheoretischen Entwicklung in der UdSSR ferner die schon aus der zweiten Hälfte der 1950er Jahre stammenden Beiträge u. a. von M. V.

wirtschaftliche Lage des Sozialismus bezieht und aus ihr herzuleiten ist. Dieser „sozialistische Preistyp“ ergibt sich nach östlicher Ansicht unmittelbar aus dem Stand der Produktivkräfte und aus der Stellung des Wertgesetzes im Gesamtsystem der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Die Wertbildung vollzieht sich in diesem Schema unter dem Einfluß von objektiven Gesetzmäßigkeiten, die als preisbildende Faktoren bezeichnet werden. Sie sollen auch auf die Wirksamkeit des Wertgesetzes, insbesondere auf die Herausbildung der Preisrelationen, Einfluß ausüben. Als solche preisbeeinflussende Faktoren werden insbesondere drei Kategorien aufgeführt<sup>76</sup>; es sind Faktoren, die 1) den Wert bestimmen, 2) zu einer Modifikation des Wertes führen und 3) eine „Abweichung vom Preistyp“ erfordern. Es ist ersichtlich, daß die unter 1) und 3) genannten Faktoren dem früher betonten Prinzip der Wertpreisbildung entsprechen oder ihm doch weitgehend ähnlich sind (wenn man den Berechnungsmodus des Wertes außer acht läßt). Konstitutiv für den sozialistischen Preistyp ist somit der 2. Faktor. Für den Sozialismus wird demnach eine „Modifikation des Wertes“ im Marxschen Sinne als charakteristisch angesehen.

Bei solchen Überlegungen bezieht man sich auf die Marxsche Lehre vom Produktionspreis<sup>77</sup>. Nach dieser Auffassung wird der Wert modifiziert durch die Art, wie das Mehrprodukt auf die einzelnen Erzeugnisse verteilt wird. Die „reine“ Arbeitswerttheorie geht von der Hypothese aus, daß das Kapital keinen Einfluß auf die relativen Werte hat. Implizierte Voraussetzung dafür wäre, daß Arbeit und Kapital stets im gleichen Verhältnis miteinander im Produktionsprozeß kombiniert werden. Für den Kapitalismus jedoch, so stellte Marx fest, gelte das nicht. Der dank des Privateigentums an den Produktionsmitteln vom Kapitalisten angeeignete Mehrwert werde von ihm als Profitrate auf sein eingesetztes Kapital berechnet. Gleichgewicht herrscht demnach, wenn die erzielte Profitrate in allen Produktionsrichtungen gleich ist. Da der Kapitalist sie aber eben nicht auf den Arbeitsaufwand, sondern auf das Kapital beziehe, seien das Ergebnis Preise, die von den Werten abweichen. Als Ursache dafür sieht Marx die Nichterfüllung der obigen Bedingung: Kapital und Arbeit stehen im allgemeinen in verschiedenen Zweigen nicht im

---

*Kolganov, S. V. Atlas, L. A. Vaag, I. P. Minajev* zu: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus. A.a.O. Sie zeigen, daß man sich in der UdSSR schon wesentlich länger mit den hier behandelten Problemen auseinandersetzt.

<sup>76</sup> Vgl. *Mann*: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises. A.a.O. S. 530.

<sup>77</sup> Vgl. zur Theorie des Produktionspreises im einzelnen *Karl Marx*: Ökonomische Schriften. Hrsg. von Hans-Joachim Lieber und Benedikt Kautsky. 2. Bd. Stuttgart 1963. S. 769 ff.

gleichen Verhältnis; die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ variiert von Produktion zu Produktion<sup>78</sup>.

In ihrem konkreten Inhalt läuft diese Modifikation darauf hinaus, daß die Preise nicht die relativen Mengen an gesellschaftlich notwendigem Arbeitsaufwand verkörpern und widerspiegeln. Ihre Relationen werden vielmehr von den in jeder Produktion eingesetzten Kapitalfonds und der darauf bezogenen Mehrwerttrate beeinflusst. Höhe des Mehrwerts insgesamt und „organische Zusammensetzung“ des Kapitals sind somit von wesentlicher Bedeutung für die relative Höhe der Preise. Die relativen Arbeitsaufwendungen sind zwar nach wie vor durch die Preise gedeckt (eine Realisierung des Wertes vorausgesetzt), bilden aber nur einen Teil des Gesamtpreises. Die Unterschiede einer auf die Grundlage des modifizierten Wertes gestellten zu einer reinen wertbezogenen Preisbildung liegen vor allem in einer Veränderung der Preisrelationen. Makroökonomisch gesehen ändert sich nichts, weil die nicht kalkulierten Kosten vorher jedenfalls durch den Staatshaushalt abgedeckt wurden<sup>79</sup>. Eine Ausnahme bildet allerdings die Berücksichtigung einer Produktionsfondsabgabe in der Preisbestimmung. Sie stellt (auch volkswirtschaftlich gesehen) einen neuen Kostenfaktor dar, der zu Lasten des Lohnanteils gehen muß, wenn das Reineinkommen unverändert bleiben soll<sup>80</sup>.

Die Heranziehung dieser von Marx für den Kapitalismus entwickelten Theorie gründet sich auf die Analogie von Mehrwert und Rein-

<sup>78</sup> Vgl. zum Begriff und Problem der „organischen Zusammensetzung“ des Kapitals, also dem Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital, ausführlich *Marx*, ebd. S. 754 ff. — Es handelt sich hierbei offenbar um die gleiche Erscheinung, die in der marktwirtschaftlichen Preistheorie bereits im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts zur Aufgabe der monokausalen Preiserklärungsversuche führte und die Hinwendung zur funktionalen Preistheorie bewirkte. Ausschlaggebend ist in diesem Zusammenhang, daß die Unterstellung der Arbeitswertlehre als einer solchen monokausalen Erklärung der Wert- und Preisbildung, Arbeit und Kapital seien stets in gleichem Verhältnis verbunden, unhaltbar ist. Eben diese Erkenntnis führte *Marx* — bei seiner Analyse des *Kapitalismus* — zur Konstruktion des Produktionspreises. Die von *Marx* konstatierte „Abweichung der Produktionspreise vom Wert“ beruht dabei allerdings darauf, daß seine Wertdefinition eine selbständige Kapitalproduktivität leugnet. Die modernen Auffassungen im Westen umgehen die ganze Problematik dadurch, daß die Funktionaltheorien das gesamte Wertproblem überhaupt aus dem Bereich ihrer Aufmerksamkeit ausklammern.

<sup>79</sup> Veränderungen ergeben sich allerdings auch hinsichtlich des Niveaus, wenn man das Verhältnis der Abteilungen I und II betrachtet; vgl. die obigen Ausführungen über die Verlagerung des Reineinkommens aus der Abt. II und die Beziehungen zum Staatshaushalt.

<sup>80</sup> Man hat deshalb in den Experimentierbetrieben die Produktionsfondsabgabe zunächst nicht mit einem einheitlichen Erhebungssatz auf der Grundlage der durch die Industriepreisreform gebildeten neuen Preise einführen können, weil dann das verbleibende Reineinkommen keine ausreichende Höhe mehr hatte. Vgl. *Langner und Nick*: A.a.O. S. 27.

einkommen, die beide im Grunde die gleiche Erscheinung (das Mehrprodukt) verkörpern. Von Bedeutung ist dabei, daß Marx dem Produktionspreis im Zusammenwirken mit dem Gesetz vom Ausgleich der Profitrate einen wesentlichen Einfluß auf die schnelle Kapitalbildung und seine rationelle Verwendung im Kapitalismus zuschrieb<sup>81</sup>. So werden auch in der gegenwärtigen Debatte in Mitteldeutschland als „objektive Faktoren“, die diesen vom Wert abweichenden Preistyp bedingen, vor allem die Stimulierung der Kapitalbildung und eine „Ökonomie der vorgeschossenen Fonds“ dargestellt. Daneben werden die Finanzierung der erweiterten Reproduktion sowie die Sicherung der Rentabilität als wesentlich genannt<sup>82</sup>.

Die weitgehende Anlehnung an eine Theorie, die für das marktwirtschaftliche System mit Privateigentum an den Produktionsmitteln gilt, wird also hauptsächlich mit qualitativen und quantitativen Veränderungen des Kapitals begründet<sup>83</sup>. Dem kapitalistischen Produktionspreis, der wie üblich als spontan und widersprüchlich wirkend dargestellt wird, soll dabei der sozialistische Preistyp als bewußte und planmäßige Ausnutzung der gleichen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeit gegenübergestellt werden. Im wesentlichen werden somit Bewußtheit und Planmäßigkeit als die Hauptunterschiede zwischen dem Wirken des modifizierten Wertgesetzes im Kapitalismus und im Sozialismus ausgegeben. Das entspricht weitgehend früherer Verfahrensweise, etwa auch in der Wertgesetzdebatte, in der dieser Gesichtspunkt ebenfalls stark betont wurde<sup>84</sup>.

<sup>81</sup> Marx ordnete den Produktionspreis und das modifizierte Wertgesetz einem höheren Stande der Produktivkräfte zu als das (einfache) Wertgesetz, das er im wesentlichen als eine Kategorie des Handwerks und der Kleinproduktion betrachtete, also einer (historisch) früheren Stufe. Eben darauf stützt man sich gegenwärtig bei der Begründung des sozialistischen Preistyps. Ausschlaggebend für den raschen Fortschritt im kapitalistischen System ist das Streben des Kapitals nach weiterer profitbringender Verwertung. Vgl. dazu Marx: A.a.O. S. 820 ff.

<sup>82</sup> Vgl. Ambrée: Die Anforderungen des sozialistischen Preistyps an die Verrechnung des Reineinkommens. A.a.O. S. 549.

<sup>83</sup> Es wird jedoch betont, daß die Zurechnung des Reineinkommens keineswegs ursächlich für den sozialistischen Preistyp sei, sondern daß umgekehrt dieser einen bestimmten — eben den genannten — Verrechnungsmodus für das Reineinkommen erfordere. Vgl. Ambrée: Die Anforderungen des sozialistischen Preistyps an die Verrechnung des Reineinkommens. A.a.O. S. 548 f. — Anders z. B. Alfred Muschter: Wertpreissystem, Produktionsfondsabgabe und materielle Interessiertheit. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 17 (1963) Nr. 16. S. 17—21. — Im vorliegenden Zusammenhang ist diese Frage kaum belangvoll. Die Betonung der „Gesetzmäßigkeiten“, welche die neue Auffassung erzwingen, berührt die schon oben gestellte Frage nach dem Verhältnis von „Idealtyp“ und konkreter Preispolitik und mit ihr harmonisierter Preistheorie.

<sup>84</sup> Vgl. zur Frage der Ausnutzung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten im allgemeinen: Politische Ökonomie, Lehrbuch. A.a.O. S. 468 ff., in bezug auf das Wertgesetz im besonderen ebd. S. 549 f.

#### 4. Wirklichkeitsnahes Preissystem als Ziel

Diesen mehr grundsätzlich-theoretischen Problemen des östlichen Wirtschaftssystems gegenüber betreffen einige andere vorwiegend die konkrete Struktur der Planwirtschaft. Die nunmehr auf einer breiten theoretischen Grundlage diskutierten Forderungen hat freilich die Preispolitik häufig auch schon früher, wenn auch zum Teil in einer pragmatischen, d. h. unsystematischen und auch willkürlichen Art berücksichtigt. Diese Anpassungen an zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten wurden meistens als Abweichungen von dem theoretisch Erstrebt dargestellt<sup>85</sup>. Im Lichte solcher Erfahrungen muß auf die auch neuerdings wieder betonte Möglichkeit von Abweichungen vom sozialistischen Preistyp hingewiesen werden<sup>86</sup>. Darunter lassen sich eben theoretisch noch nicht bewältigte Probleme einordnen und eine preispolitisch unabweisliche Lösung rechtfertigen<sup>87</sup>.

Zu den wenigstens programmatisch erfaßten<sup>88</sup> und auf dieser Grundlage analysierten Problemen zählen insbesondere die Entwicklung einer komplexen Preisplanung und das Erfordernis einer dynamischen Preispolitik. Es handelt sich hierbei um mehr oder weniger stark preistechnische Gestaltungsfragen. Sie sind allerdings deshalb nicht weniger belangvoll, denn sie haben sich sowohl im Verlauf der früheren Preisbildung als auch im Zusammenhang mit der Industrie-

<sup>85</sup> Solche Abweichungen vom Wert beziehen sich häufig auf Probleme, die sich aus der Nachfrage ergeben; z. B. bezwecken sie eine Verbrauchslenkung (hier in der Industrie) oder eine Drosselung des Einsatzes besonders knapper Güter. Dabei ergeben sich oft Diskrepanzen, die nur mittels einer Gebrauchswertorientierung der Preisbildung überwunden werden können, also einer Abweichung von der Wertbasis. Außerdem waren allerdings in vielen Fällen, besonders in früheren Perioden der sozialistischen Preispolitik, ausschließlich wirtschaftspolitisch zu erklärende Ursachen maßgebend für solche Abweichungen, die eben stets als ein Grundprinzip der Preispolitik bezeichnet wurden.

<sup>86</sup> Vgl. z. B. Mann: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises. A.a.O. S. 530.

<sup>87</sup> Vor allem in diesem Sinne kann man von einer nur begrenzten Berücksichtigung theoretischer Erkenntnisse durch die Preispolitik sprechen. In diesen „escape clauses“ macht sich eine Abneigung geltend, die wirkliche Gestaltung der Preispolitik von einem theoretischen Mechanismus abhängig zu machen. Die hier zutage tretenden autonomen Eingriffsmöglichkeiten der Planungsinstanzen nach spezifischen eigenen Grundsätzen, die im ganzen sowjetischen Wirtschaftssystem gelten, dürfte u. a. F. Haffner (Principles and Methods of Price-Formation for Producer-Goods. In: Erik Boettcher und Karl C. Thalheim (Hrsg.): Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Ergebnisse einer Fachtagung. Berlin 1964. S. 149 ff., insbes. S. 151) im Auge haben, wenn er vom „vornehmlich voluntaristischen Charakter der sowjetischen Preise“ spricht. Es dürfte sich aber andererseits auch um einen vom Standpunkt der Preistheorie selbst unvermeidlichen Vorbehalt handeln, solange diese mit der dogmatischen Auffassung der Arbeitswertlehre verknüpft ist.

<sup>88</sup> Vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. A.a.O. S. 56. — Mann: Notwendige Veränderungen des Preissystems der DDR. A.a.O. S. 1608 ff.

preisreform als besonders schwerwiegende Kernprobleme einer erfolgreichen sozialistischen Preispolitik erwiesen.

Die bisherigen Preisrevisionen — einschließlich der laufenden Industriepreisreform — folgten in ihrer technischen Abwicklung einer im wesentlichen gleichartigen Linie. Sie sind gekennzeichnet durch die dargelegte aufeinanderfolgende Veränderung der Preise, die stufenweise von der Grundstoffindustrie durch die Verarbeitungsstufen in Richtung auf die Endprodukte voranschreitet. Im allgemeinen erstreckt sich ein solches Vorgehen aus naheliegenden technischen Gründen unvermeidlich über mehrere Jahre. Diese Methode bringt jedoch erhebliche Nachteile mit sich. Es ist unmöglich, mit ihr der auch im Sozialismus vorhandenen Interdependenz der Preise gerecht zu werden. Stattdessen sieht man sich gezwungen, die Auswirkungen der Preisveränderungen außerhalb der gerade bearbeiteten Stufen zunächst teilweise abzufangen. Das geht aus der Durchführung der gegenwärtigen Reform nachdrücklich hervor<sup>89</sup>. Es wird infolgedessen ein ausgedehntes System von staatlichen Preisstützungen notwendig, dem wie allen Subventionen eine Gefahr des Einfrierens innewohnt und das zu anhaltenden Preisspaltungen führen kann.

Eine erhebliche Gefahr liegt auch darin, daß eine sich über längere Zeiträume hinziehende Preisrevision Veraltungstendenzen ausgesetzt ist. So können sich die technischen Produktionsbedingungen und gegebenenfalls auch die „Knappheitsverhältnisse“ in den Grundstufen bereits wieder verändert haben, wenn die fortschreitende Preisveränderung erst die weiterverarbeitenden Stufen erreicht hat. In einem solchen Fall — der durchaus als typisch angesehen werden kann — sind volkswirtschaftlich ungünstige Wirkungen unvermeidlich<sup>90</sup>.

Mit Rücksicht darauf wird in der gegenwärtigen preispolitischen Lage Mitteldeutschlands die Bedeutung einer „komplexen Preisplanung“ stark betont. Hauptkennzeichen einer solchen Planung ist die Gleichzeitigkeit der Preisveränderungen. Mit ihrer Hilfe soll die zeitliche Synchronisierung aller Auswirkungen sowie die Berücksichtigung der Interdependenz erreicht werden. Als ein wesentliches Hilfsmittel dabei werden in zahlreichen Fachveröffentlichungen mathe-

---

<sup>89</sup> Vgl. die oben erläuterte Abstufung, mit der die neu festgelegten Preise wirksam werden.

<sup>90</sup> Bisher führte das dazu, daß die östliche Preispolitik von periodisch wiederkehrenden Reformen geprägt wurde, die in ziemlich regelmäßigen Abständen erfolgten. Béla *Csikós-Nagy* spricht z. B. von einem Siebenjahres-Turnus, wobei gewöhnlich gleich nach der Durchführung einer Reform mit den Vorbereitungen für die folgende begonnen werde; vgl. sein Buch: *A szocialista árképzés*. Budapest 1961. S. 350 ff. Ähnliches läßt sich auch für die UdSSR feststellen; vgl. die Beispiele bei *Hirsch*: *Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion*. A. a. O. S. 177 ff. — *Jasny*: *The Soviet Price System*. A. a. O. S. 85 ff.

matische Methoden angesehen; insbesondere werden sogenannte „Preisverflechtungsbilanzen“ entwickelt, um die gegenseitigen Beziehungen der Preise quantitativ zu erfassen und eine gleichzeitige Änderung zu ermöglichen<sup>91</sup>.

Eng mit einer komplexen Preisplanung verbunden sind die Probleme, die zur Forderung nach einer *dynamischen Preispolitik* führten<sup>92</sup>. Diese wurzelt in der Erkenntnis, daß der Gewinn seine „Hebelfunktion“ nur dann ausreichend erfüllen kann, wenn die Betriebe sich ständig einer planmäßig nur begrenzten Gewinnhöhe gegenübersehen. Da der Gewinn als Differenz zwischen Kosten und Preisen wiederum weitgehend von den letzteren abhängig ist, kommt ihnen eine entscheidende Rolle zu. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand von dem Zeitpunkt der Preisfixierung die Senkung der Selbstkosten nicht mehr ausreichend angeregt wird. Durch verwirklichte Selbstkostensenkungen vergrößert sich der Gewinn, und der Anreiz zu weiteren Aufwandsvermindierungen schwindet fortlaufend. Die Hebelwirkung hat somit gerade bei einem erfolgreichen Funktionieren eine immanente Tendenz zur Selbstaufhebung. Wenn eine dauernde Wirksamkeit gewährleistet werden soll, muß daher für eine ständige Berücksichtigung der veränderten Kostensituation in den Preisen gesorgt sein.

Ebenso müssen im Hinblick auf die als Grundprinzip der Preispolitik erstrebte Annäherung der Preise an die Werte auch solche Änderungen berücksichtigt werden, die sich kostenmäßig auf Grund der Einführung modernerer Produktionsverfahren ergeben. Eine laufende Korrektur der Preise wäre daher erforderlich. Freilich entstehen für eine Verwirklichung dieses Gedankens zwei Hindernisse. Infolge der nicht-marktmäßigen Preisbildung muß durch administrative Maßnahmen gesichert werden, daß es für jedes Gut einen für alle Betriebe verbindlichen Preis gibt. Es muß also der Wettbewerb als marktwirtschaftliches Mittel der Preisvereinheitlichung ersetzt werden. Das geschieht einerseits durch die Bemessung des Preises auf der Grundlage der durchschnittlichen Selbstkosten des Industriezweiges<sup>93</sup>, andererseits durch seine Verbindlichkeitserklärung als Festpreis. Abweichungen von den administrativ festgesetzten Preisen sind nicht gestattet.

---

<sup>91</sup> Darüber unterrichtet z. B. Gotthard Schaaf: Zweck und Aufbau der Preisverflechtungsbilanzen. Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. Berlin 1963. Nr. 1. S. 43—49. — Alfred Muschter: Das System der Planverflechtungsbilanzen und die Erfassung wertabweichender Preise in mathematischen Modellen. Wirtschaftswissenschaft. Jg. 12 (1964) Nr. 6. S. 924 ff.

<sup>92</sup> Vgl.: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. A.a.O. S. 31.

<sup>93</sup> Vgl. oben S. 697 f.

Der Preis muß aber im dargelegten Sinne außerdem dazu beitragen, den Gewinn der Betriebe nicht so anwachsen zu lassen, daß der Anreiz zur weiteren Senkung der Kosten und umfassenden, ständigen Rationalisierung verlorengeht. Er muß also auch in dieser Beziehung die Funktion des Wettbewerbs übernehmen, auf eine Senkung des Preisniveaus und des Gewinns samt daraus resultierendem Streben nach Kostensenkung, verbesserten Produktionsverfahren usw. zu drängen.

In dieser Zwiespältigkeit der Preisfunktionen in der sozialistischen Planwirtschaft liegt demnach eine grundlegende Schwierigkeit. Während auf der einen Seite der Festpreis als Preisform unerlässlich ist, um die angestrebten Ziele zu erreichen, ist es auf der anderen Seite eben diese Starrheit, die ihre Verwirklichung behindert. Es muß also ein Kompromiß gefunden werden, der beiden Forderungen einigermaßen gerecht zu werden vermag. Zwar hat man dieses Problem genau erkannt<sup>94</sup>, jedoch mangelt es noch weitgehend an konkreten Überlegungen zu seiner Lösung. Unverkennbar ist aber die starke Betonung einer laufenden *Preisplanung*, die an die Stelle von *Preisreformen* treten soll<sup>95</sup>. Diese müßte eine mindestens jährliche Überprüfung aller Preise mit sich bringen. Zusätzlich würden also laufende Veränderungen der Planungsgrundlagen eintreten. Die daraus erwachsenden technischen Probleme können hier nur am Rande erwähnt werden; immerhin scheint es aber ein kaum lösbares Problem zu sein, die erforderlich werdenden Rechenarbeiten selbst unter Verwendung elektronischer Rechenautomaten zu bewältigen.

#### IV. Perspektiven der Preisreform

##### 1. Begrenzte Möglichkeiten

In Mitteldeutschland scheint man auf Grund theoretischer Überlegungen, aber auch praktischer Erfahrungen, den Erfolgsmöglichkeiten der bisherigen Preisreform einigermaßen skeptisch gegenüber-

<sup>94</sup> Vgl. z. B. die ausführlichen einschlägigen Erörterungen bei *Apel und Mittag*: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel. A.a.O. S. 93 ff. — Für ein Aufgeben des Festpreisprinzips *Helmut Mann* und *Kurt Ambrée*: Die Preisbildung im neuen ökonomischen System. Deutsche Finanzwirtschaft. Jg. 19 (1965) Nr. F 4. S. 3 f.

<sup>95</sup> Eine solche Planung der Preisentwicklung soll auf der Entwicklung der Selbstkosten basieren, die ihrerseits wesentlich vom technischen Fortschritt und den Investitionen abhängt. Sie muß daher in enger Verbindung mit der längerfristigen (perspektivischen) Planung der gesamten Volkswirtschaft gesehen werden. — Vgl. dazu die Überlegungen von *Alfred Muschter* und *Helmut Loewe*: Die Entwicklung einer perspektivischen Preisplanung. Die Wirtschaft. Jg. 20 (1965) Nr. 12. S. 14 f.

zustehen<sup>96</sup>. So wird zum Teil betont, daß die Konzeption der Industriepreisreform einem überholten Erkenntnisstand entspringt<sup>97</sup> und daß sie nur Anfang einer kontinuierlichen Preisarbeit sein könne. Dabei betreffen die beiden zuletzt erörterten Fragenkreise grundsätzliche Probleme der Funktionsfähigkeit eines wirtschaftlich wirkenden Preissystems. Es handelt sich um Einwendungen, die bereits recht früh von westlichen Autoren gegen die Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung im Sozialismus vorgetragen wurden und nunmehr offensichtlich aus der Praxis der Planwirtschaft selbst, jene mehr oder weniger beständig, Anlaß zur kritischen Analyse geboten haben<sup>98</sup>.

Dennoch ist es auf Grund der Produktionsergebnisse und der verbesserten Erfüllung der Planziele wahrscheinlich, daß die Preisreform im mikroökonomischen Bereich durchaus erfolgreich ist<sup>99</sup>. (Allerdings wurden die Planziele nach dem Abbruch des Siebenjahresplanes erheblich revidiert und ermäßigt.) Zweifellos sind die getroffenen Maßnahmen ihrer Konstruktion nach geeignet, die in der Marktwirtschaft vom freien Markt her ausstrahlenden Wirkungen zu einem Teil zu ersetzen, wobei eben dem Gewinn eine wesentliche Rolle zufällt. Immerhin bedient sich die mitteldeutsche Planwirtschaft hierbei unbestreitbar marktwirtschaftlich ausgerichteter Elemente, wie es auch in anderen Ostblockländern der Fall ist.

Die früheren Vorbehalte gegenüber dem östlichen Preissystem sind aber auch gegenwärtig noch gültig, soweit sie vorwiegend makroökonomische Zusammenhänge betreffen. Hier scheinen nach wie vor Probleme zu bestehen, die einer durchgreifenden Rationalisierung der Wirtschaft hinderlich sind. Die mangelnde Elastizität des gesamten Preiszusammenhangs, die Unsicherheit der zur Grundlage der

<sup>96</sup> Erwähnt werden z. B. offenbare Fehler in der Preissetzung, die zu ungewollten Ergebnissen führten und die Betriebe zu falschen Entscheidungen veranlaßten. Vgl. zu den ersten, meist günstig beurteilten Erfahrungen u. a. Deutsche Finanzwirtschaft, Jg. 18 (1964) Nrn. (Seiten) 13 (8—10), S. 11. (G 3 f.), 20 (13 f.) und 23 (4—10); Die Wirtschaft, Jg. 20 (1965) Nr. 21. S. 11. Eine kritische Einstellung zeigt sich u. a. auch in der Feststellung, daß die Industriepreisreform nur erst eine Grundlage für kompliziertere weitere Arbeiten sein könne. Vgl. z. B. Günter Mittag: Inhalt und Bedeutung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR. Wirtschaftswissenschaft, Jg. 13 (1965) Nr. 8. S. 1247. — Ebenso Apel und Mittag: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel. A.a.O. S. 92 f.

<sup>97</sup> Vgl. z. B. Ambrée: Selbstkosten, eigene Leistungen oder produktive Fonds? A.a.O. S. 5.

<sup>98</sup> Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Untersuchungen von Ludwig v. Mises (z. B.: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. 2. Aufl. Jena 1932, insbes. S. 144 ff., 480 ff.), Georg Halm (Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Berlin 1929) u. a., in denen die Frage der Wirtschaftsrechnung ausführlich behandelt wird.

<sup>99</sup> Vgl.: Die Wirtschaft Mitteldeutschlands im 1. Halbjahr 1965. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht, Jg. 32 (1965) Nr. 40. S. 191—194.

neuen Preise gemachten Produktivitäts- und Kostenentwicklung bis 1967 bzw. 1970 und die Veraltungsgefahr, die den administrativ bestimmten Preisen stets droht, machen das eindringlich klar.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Preisreform weniger belangvoll, aber unter dem Blickwinkel einer durchgehenden, in sich geschlossenen Wirtschaftsrechnung interessant ist die fortdauernde Trennung von Produktionspreisen und Konsumgüterpreisen, die beim Absatz an die Bevölkerung gelten. Solange man nicht bereit ist, bei der Angebotsplanung stärker als bisher die Nachfragestruktur zu berücksichtigen, wird man auf diese charakteristische Trennung nicht verzichten können. Das bedeutet andererseits, daß man im Grunde nicht von *einem* Preissystem sprechen kann, sondern mehrere Preissysteme nebeneinander zu analysieren hat<sup>100</sup>.

Von dieser Problematik ergibt sich ein Übergang zu den sich aus der obigen Untersuchung der Preistheorie herleitenden Gesichtspunkten, die mehr grundsätzliche theoretische Fragen betreffen, aber doch auch für die Preispolitik belangvoll sind.

Unter den Eigenarten der gegenwärtigen östlichen Preistheorie steht im Vordergrund das Festhalten an einer objektiven Wertlehre. Von diesem Kostenwertstandpunkt gehen auch — wie erläutert — teilweise erhebliche Einflüsse auf die konkrete Preisgestaltung aus. Im Hinblick auf das Planungsprinzip erscheint es undenkbar, eine tatsächlich anwendbare Lösung zur Vereinheitlichung der beiden getrennten Preisebenen für Produktion und Absatz zu finden. Das ließe sich hypothetisch offenbar nur dann ermöglichen, wenn man bei der Planung der gesamten Produktion weitestgehend auf die sich einstellende Nachfrage Rücksicht nehmen würde. Die „Ausnutzung des Wertgesetzes“ würde mithin als Vorwegberechnen der Nachfrage zur Vermeidung von Fehlproduktionen aufzufassen sein<sup>101</sup>. In die Sprache der westlichen Preistheorie übersetzt würde das bedeuten, daß man die Preise für alle Güter jeweils in einer Höhe fixierte, die der Bedingung: Preis (= Grenzkosten) = Durchschnittskosten genügt. Vor-

<sup>100</sup> Die Preisregulierung im zweiten Bereich folgt dabei im Grunde rein nachfragebedingten, marktmäßigen Prinzipien. Das erscheint — da es sich um einen „Rest“ der alten kapitalistischen Ordnung handeln soll, der durch eine kommunistische Verteilung zu ersetzen ist — auch vom Standpunkt der östlichen Auffassung vom Übergang zum Kommunismus einigermaßen folgerichtig. Eine Übereinstimmung mit der Werttheorie läßt sich allerdings nicht erreichen.

<sup>101</sup> Dafür spricht z. B. die seit einigen Jahren langsam entwickelte Bedarfsforschung in den Ostblockländern. Vgl. z. B. József Bognar: *Kereslet és keresletkutatás a szocializmusban*. (Nachfrage und Nachfrageforschung im Sozialismus.) Budapest 1961, deutsche Zusammenfassung: S. 391—405. — Hans-Erdmann Scheler: *Die Bedarfsforschung in der Zentralverwaltungswirtschaft*. Jahrbuch für Absatz- und Verbrauchsforschung. München 1961. S. 180 ff.

aussetzung wäre neben der richtigen Vorausberechnung des Bedarfs auch, daß man kurz- und langfristige Veränderungen voneinander trennen könnte. Nur so ließe sich eines der Hauptziele der Planwirtschaft erreichen, die Ausschaltung von „spontanen“ Schwankungen, die destabilisierend auf die Gesamtwirtschaft ausstrahlen können<sup>102</sup>. Zudem dürften sich kurzfristige Veränderungen der Nachfrage schon deshalb nicht auswirken, weil sich die Produktion infolge des Zeitbedarfs nicht so schnell verändern ließe, daß die obige Gleichgewichtsbedingung dauernd eingehalten werden könnte. Das aber wäre Voraussetzung für die Verwirklichung wenigstens einer *Kostenpreistheorie*<sup>103</sup>. Die theoretischen Probleme einer dynamischen Gewinnerzielung wären hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Gegenüber diesen Aspekten ist die Frage, ob eine *Arbeitswertlehre* überhaupt praktikierbar ist, nur insofern interessant, als sie das theoretische Fundament der kommunistischen Wirtschaftsauffassungen betrifft. Hier freilich macht die bisherige Entwicklung deutlich genug, daß jedenfalls für absehbare Zeit mit einer solchen auf der Produktivität nur eines Produktionsfaktors beruhenden Preistheorie die konkreten Aufgaben der Wirtschaftsrechnung nicht gelöst werden können<sup>104</sup>.

<sup>102</sup> Das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus wird ja ausdrücklich nur mit der Einschränkung anerkannt, daß seine „Regulatorfunktion“, mit der eben in marktwirtschaftlichen Systemen die „Anarchie“ der Produktion und daraus hervorgehende Schwankungen verbunden seien, durch die bewußte Ausnutzung ersetzt wird. Vgl. dazu: Politische Ökonomie, Lehrbuch. A.a.O. S. 551. — Vgl. auch ältere Ausführungen, z. B. bei *Maisenberg*: A.a.O. S. 26. — *Hans Langer*: Das Preissystem der Sowjetunion. Berlin-Ost 1953. S. 8 ff.

<sup>103</sup> Weitere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Festlegung richtiger Preisrelationen, vor allem bei der Einführung neuer Erzeugnisse sowie bei technisch verbundenen Produkten, bei denen eine eindeutige Kostenzurechnung nicht möglich ist oder eine kostenbedingte Preisstellung unerwünschte Wirkungen hervorruft. Diese Probleme bilden den Gegenstand eingehender Untersuchungen und sollen mit Hilfe unterschiedlicher Methoden, z. B. durch eine Berücksichtigung von quantitativ fixierten Einflußfaktoren nicht-kostenmäßiger Art, gelöst werden; vgl. dazu u. a. *Alfred Muschter*: Die reale Möglichkeit, wertabweichende Preise zur Stimulierung von Produktion und Bedarf an Produktionsmitteln auszunutzen. *Wirtschaftswissenschaft*. Jg. 13 (1965) Nr. 2 S. 193 ff., insb. S. 202. — *Siegfried Schauer*: Grundlagen und Probleme der Parameterpreisbildung. *Deutsche Finanzwirtschaft*. Jg. 18 (1964) Nr. F 22. S. 3—6. — *Horst Schneider*: Zu einigen Problemen der Preisbildung im System ökonomischer Hebel. *Wirtschaftswissenschaft*. Jg. 12 (1964) Nr. 1. S. 116—130. — Nur am Rande sei darauf verwiesen, daß das zugrunde liegende statische Konzept eines Gleichgewichtssystems nicht nur im Osten Anlaß zu Diskrepanzen zwischen Theorie und Politik bietet.

<sup>104</sup> Es handelt sich hierbei letztlich offenbar um Auffassungen, die aus meta-ökonomischen Wurzeln entspringen und eine bestimmte Gerechtigkeitsvorstellung in der Einkommensverteilung verkörpern. Immerhin läßt sich diese vom Westen unterschiedliche Anschauung auch bei einer nicht-monistischen Lösung praktisch wenigstens z. T. verwirklichen, da ein „Kapitalzins“ nicht Privatpersonen, sondern „der Gesellschaft“ als Eigentümer des Sachkapitals zufließt.

## 2. Preispolitik im Übergang?

Eine zusammenfassende Beurteilung der gegenwärtigen preispolitischen Lage in Mitteldeutschland ist am besten in einer perspektivischen Sicht möglich. Aus der vorangegangenen Analyse wurde bereits deutlich, daß die Industriepreisreform als eine weitgehend folgerichtige Fortsetzung der früheren Preispolitik anzusehen ist. Auch die Entwicklung des preistheoretischen Denkens weist im wesentlichen eine trendmäßige Kontinuität auf. Der sichtbar gewordene zeitliche Ablauf läßt sich dabei etwa als Abwendung von einer negativen Haltung gegenüber dem Preisphänomen und seinen spezifischen Lenkungswirkungen und als eine zunehmende funktionale Nutzbarmachung erfassen<sup>105</sup>. Eine solche Sicht muß freilich einbeziehen, daß es sich um eine Negation des Preises nur im Sinne der Nichtanerkennung bzw. Verhinderung seiner *autonomen* Leitfunktionen handeln konnte. Das ist für die frühen Perioden der mitteldeutschen wie auch der sowjetischen Preispolitik im Bereich der hier vornehmlich interessierenden Produktion typisch. Es darf dabei jedoch nicht verkannt werden, daß die Wirtschaftspolitik sich in anderen Teilbereichen der Preise als — allerdings genau begrenzt — wirksamer Mittel zur Erreichung verschiedener planmäßig festgelegter Teilziele zu allen Zeiten bedient hat. Insbesondere gilt das von ihrer Verwendung als Instrument einer Konsumlenkung und -drosselung, zur Finanzierung der geplanten Kapitalbildung usw.<sup>106</sup>. Charakteristisch waren jedoch die abhängige Stellung und der fehlende Systemzusammenhang der Preise, der mit dem fortschreitenden Wirtschaftsaufbau deutlich in Erscheinung trat.

Somit läßt sich die Entwicklung auch als ein Trend vom relativ unkoordinierten, weitgehend isolierten und stark beschränkten Einsatz der Preise im Dienste der Planung zu einer wenigstens geforderten Übertragung auch mehr makroökonomischer Aufgaben an die Preisbildung sehen. Die Ergebnisse der Wertgesetzdebatte verdeutlichen das ebenso wie die im Vorhergehenden erörterten seitherigen theoretischen Gedankengänge über eine weitere Ausgestaltung der Preis-

---

<sup>105</sup> Das gilt sowohl für das gedankliche Erfassen als auch für das tatsächliche preispolitische Handeln. Für das letztere ist auch die Wiedereinbeziehung finanziell wirkender Instrumente überhaupt als Fortentwicklung gegenüber der mehr oder weniger reinen Mengenplanung anzusehen.

<sup>106</sup> Vgl. die im ganzen positive Bewertung bei Morris *Bornstein*: Das sowjetische Preissystem. Konjunkturpolitik. Jg. 9 (1963) Nr. 6. S. 339 ff., insbes. S. 345 und 377 ff. — Solche Zweckmäßigkeit unterliegt aber offenbar zeitlichen Wandlungen. Letztlich gaben gerade auch die Mißerfolge, die sich bei der erstrebten Begrenzung der Preiswirkungen einstellten, einen wesentlichen Anstoß zur veränderten Haltung gegenüber den Preisen.

politik. Gerade hierin zeigen sich allerdings auch die Beschränkungen, unter denen man den Trend sehen muß. Denn die vollständige Durchführung eines Kostenpreissystems verlangt eben notwendig die Anpassung der Produktionsplanung an die Nachfrage, da man folgerichtig zugleich auf den Einsatz preisregulierender Instrumente zur Trennung von Preisbildung unter dem Einfluß der Konsumentennachfrage einerseits und Kostenpreisbildung andererseits verzichten müßte. Eine solche Anpassung aber würde die Planung zu einer weitgehend passiven Rolle verurteilen<sup>107</sup>.

Eine andere Beschränkung einer rationalisierenden Umkonstruktion des Preissystems und der Möglichkeiten zur Schaffung einer in sich geschlossenen ökonomischen Rechnung liegt für den westlichen Beobachter in der jedenfalls vorerst noch höchstens instrumentalen Rolle eines solchen geänderten Preissystems<sup>108</sup>. Es kann zwar kein Zweifel sein, daß insbesondere mit dem neuen ökonomischen System eine Aufteilung der Wirtschaftslenkung stattgefunden hat. Dabei sind eben eine Reihe von Aufgaben den Preisen übertragen worden; im wesentlichen mengenmäßig fixierende, direkt wirkende Methoden der Planung sind nunmehr in einem gegenüber früher erheblich erweiterten Umfang der indirekten Beeinflussung mittels finanzieller Leitkriterien gewichen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß dieses Vorgehen zwar eine Ausnutzung als unvermeidbar erkannter Lenkungswirkungen der Preise bedeutet, aber keineswegs als eine „Unterwerfung“ unter sie gedacht ist.

Selbst wenn eine revidierte Preisbildungsmethodik zu einer stärkeren Berücksichtigung von Knappheiten kommt, so darf schließlich

<sup>107</sup> Eine solche Einstellung zur Planung müßte als weitgehend unrealistisch angesehen werden; sie würde einen Anachronismus bedeuten, der um so offensichtlicher wäre, als auch im Westen die „Preisphilosophie“ des Liberalismus wesentliche Veränderungen erfahren hat. Indem die Preise zum Aktionsparameter der staatlichen Wirtschaftspolitik (noch mehr vielleicht der Sozialpolitik) wurden, stehen sie häufig auch im Dienste besonderer und wechselnder Zielsetzungen. Vielfältige Eingriffe engen dabei die Wirksamkeit eines „autonomen“ Preismechanismus zunehmend ein. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf ein durchgehendes theoretisches Prinzip bedeutet demgegenüber ihre Unterordnung unter einen Automatismus, der heute weder für das *a priori* auf bewußte Gestaltung der Wirtschaft durch Planung ausgerichtete System noch für den Westen tragbar erscheint. Aufschlußreich dafür ist z. B. die kennzeichnende Äußerung des Vizepräsidenten des deutschen Bundeskartellamtes zur Frage „Wettbewerb contra Struktur“ in: Die Zeit (8.10.1965).

<sup>108</sup> Es ist jedoch denkbar, daß die begonnenen Experimente (die z. T. auch schon weiter fortgeschritten sind) und diesbezüglichen Vorschläge zu einer allmählichen Veränderung des abhängigen Charakters der Preise führen. Solche Erwägungen werden z. B. durch die Neugestaltung des Preissystems in der ČSSR unterstützt (vgl. in bezug darauf z. B.: Neues ‚Wirtschaftsmodell‘ in der ČSSR. Hinter dem Eisernen Vorhang, Jg. 10 (1964) Nr. 11, S. 3 ff.; Ost-Probleme, Jg. 17 (1965) Nr. 5 und Jg. 16 (1964) Nr. 22).

ein solches Phänomen doch nicht zu der Annahme verleiten, daß damit auch eine „Konsumentensouveränität“ verbunden sei. Die neuerdings wiederholt betonte Wichtigkeit einer befriedigenden Erfüllung der Wünsche der Bevölkerung bezieht sich ja nur zum Teil auf die Produktionspreisbildung<sup>109</sup>. Zwar unterstützt eine richtige Sortimentsgestaltung usw. die Überwindung von Spannungen zwischen Verbraucherwünschen und der sich daraus ergebenden Einschätzung der relativen „Werte“ (Knappheiten) einerseits sowie der Bewertung der Güter durch die Planung andererseits. Dennoch dürften die Gründe für eine solche bessere Berücksichtigung der Nachfrage vorwiegend pragmatischer Art sein, und das Ausmaß der Befriedigung von Konsumbedürfnissen hängt eher von der Höhe der Sparquote der Volkswirtschaft sowie von der Beeinflussung der Investitionsstruktur ab<sup>110</sup>. Den Preisen selbst wird man dabei nur eine ausführende Rolle zusprechen dürfen.

Betrachtet man schließlich die Entwicklung unter dem Aspekt des Verhältnisses von hypothetisch abgeleiteter „Idealentwicklung“ der Übergangswirtschaft und Wirklichkeit, so läßt sich ebenso wie auf anderen Gebieten erkennen, daß die letztere Veränderungen auch im ideologisch-dogmatisch aufgefaßten Bereich der Wirtschaftslehre erzwingt. Freilich erstrecken sich diese nicht auf die grundlegenden Zielsetzungen, die das sowjetische System konstituieren und seinen Hauptunterschied zum westlichen privatunternehmerisch-marktwirtschaftlichen System bilden. Mit dieser, den Blick auf den instrumental gedachten Bereich der Preisbildung richtenden Einschränkung kann man für die Gesamtentwicklung eine dreistufige zeitliche Gliederung vornehmen.

In dieser Stufenfolge zeigt sich ein Fortschreiten von einer fallweise wirkenden, wenig konsistenten *Preisregulierung* ohne irgendwelche „gesetzmäßigen“ Handlungsmaximen über eine Preisbildung auf der Grundlage des Wertgesetzes und der Arbeitswerte hin zu einer Veränderung der Werttheorie im Sinne des Marxschen Produktionspreises. Freilich muß immer wieder darauf verwiesen werden, daß die fortgeschritteneren theoretischen Auffassungen über die Grundlagen der Preisbildung schon wieder erheblich von der in der

---

<sup>109</sup> Vgl.: Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. A.a.O. S. 110 ff. — Zur Einschätzung und Beurteilung dieser Tendenz vgl. z. B.: Probleme der Produktion und Verteilung von Konsumgütern in der Sowjetunion. Referate und Diskussionsprotokoll. In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. A.a.O. S. 162—203.

<sup>110</sup> Es zeigt sich auch hieran, daß aus Lockerungen im instrumentalen Bereich der Wirtschaft nicht ohne weiteres auf eine „Liberalisierung“ im Sinne einer veränderten und gestärkten Stellung der Verbraucher oder der Individualbedürfnisse im allgemeinen geschlossen werden darf.

Industriepreisreform als Grundlinie erstrebten „weiteren Annäherung der Preise an den Wert“ abweichen. Es wird sich zeigen müssen, ob diese gedanklichen Schritte ihr Spiegelbild in der Wirklichkeit finden werden und ob vielleicht der Prozeß zu einer weiteren Stufe fortschreitet. Daß er umkehrt, dürfte angesichts der zwingenden wirtschaftlichen Ursachen eine wenig wahrscheinliche Zukunftsperspektive sein.